

Freie Universität Berlin
Fachbereich Politische Wissenschaft
15432 HS
WS 1996/97

HS: „Demokratisierung und Demokratieblockaden in Südostasien und Lateinamerika“

Dozenten: Dr. Wolfgang S. Heinz/ Dr. Werner Pfennig

Der Demokratisierungsprozeß in Bolivien:

Einordnung und Einschätzung des Reformprojekts zur Bürgerbeteiligung

„Ley de Participación Popular“

Monika Feuerlein

XXX

XXX

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung	4
2. Theoretischer Teil	6
2.1. Begriffsklärung: Demokratisierung und Demokratieverständnis	6
2. Das SKOG Konzept: Grundannahmen und Definitionen	7
3. Constraints: strukturelle Besonderheiten und externe Einflußfaktoren als Handlungsrahmen der SKOG	8
3.1. Regierungssystem und Justiz	8
3.2. Grunddaten zur Wirtschafts- und Sozialstruktur	10
4. Das Projekt zur Bürgerbeteiligung: Participación Popular	12
4.1. Das Gesetz	12
4.2. Einordnung in das staatliche Reformprojekt	13
5. Strategische und konfliktfähige Gruppen in Bezug auf die PP	15
5.1. Die Regimekoalition	15
5.2. Oppositionsparteien	16
5.3. Die Gewerkschaften	18
5.4. Comités cívicos -bürgerlich-städtische Interessenorganisationen	19
5.5. Militär	20
5.6. Unternehmertum	21
5.7. Indigenistische Bewegungen und Organisationen	23
6. Indigene ländliche Bevölkerung	25
6.1. Traditionelle Organisationsstrukturen: Das ayllu	25
6.2. Einbindung in Organisationsstrukturen der Zivilgesellschaft	27
7. Fazit: Bewertung der Participación Popular und der Chancen für eine Fortführung bzw. Vertiefung des Demokratisierungsprozesses	29
8. Literaturverzeichnis	33
9. Anhang	37

1. Einleitung

Bolivien galt lange als das instabilste Land des lateinamerikanischen Kontinents. Achzig verschiedene Präsidenten, etwa 300 Putsche und Putschversuche (seit der Unabhängigkeit 1825)¹, Schuldenkrisen, Hyperinflation, Bergarbeitermärsche und Generalstreiks, gefolgt von der Verhängung des Ausnahmezustandes als beliebtestes Mittel staatlicher Krisenpolitik, schüttelten das Andenland. Angesichts der schier unüberwindbaren politischen Hypotheken dieser „Zeit der Generäle“ überrascht die lange Phase relativer politischer Stabilität seit 1982, dem Jahr der Machtrückgabe an einen gewählten Kongreß und einen durch den Kongreß gewählten Präsidenten. Seither sprechen eine eindeutige Konsolidierung der Volkswirtschaft, sowie der demokratischen Institutionen für den Erfolg der seit 1985 eingeschlagenen neoliberalistischen Politik. Verraten die verheerenden sozialen Kosten der Stabilisierungspolitik, sowie die geringe gesellschaftliche Repräsentativität der Parteienlandschaft die bolivianische Demokratie dennoch als eine rein formalistische Tarnung für eine „*criollo*“² *Oligarchie*“, so haben sich seit 1993 entsprechend neuesten Trends in der Entwicklungspolitik auch sozial aufgeladene Begriffe wie ‘*transformación con equidad*’, ‘*desarrollo sostenible*’³ und ‘kulturelle Selbstbestimmung’ einen Platz in der politischen Diskussion erobert. Mit einem umfassenden Reformprojekt versucht die derzeit amtierende Regierung des Präsidenten Gonzalo Sánchez de Lozada, einen Modernisierungsprozeß der bolivianischen Gesellschaft einzuleiten, der eine Stärkung administrativer Effizienz normativ mit einer Ausweitung der Partizipation des Volkes verbindet und somit den Zusammenhang zwischen einer nachhaltigen und ökonomischen Entwicklung und der Demokratisierung politischer Strukturen anerkennt. Ein im Mai 1994 erlassenes Gesetz zur Bürgerbeteiligung (*Ley de Participación Popular*), erklärt erstmals die ländlichen *Comunidades* (ländlichen Gemeinden), städtischen Nachbarschaftsvereinigungen und traditionellen indigenen Gemeinschaften zu eigenständigen juristischen Personen und formalisiert ihre Aufgaben und Befugnisse im institutionellen Prozeß lokaler Entscheidungsfindung.

Skeptiker sehen in dem Reformprojekt jedoch nur eine weitere, dem Zeitgeist angepaßte Inszenierung einer Scheindemokratie nach der berühmt-berüchtigten Kombination von Zuckerbrot und Peitsche, mit der potentielle Gegner einer neoliberalistischen Politik als Verbündete gewonnen werden sollen und die folglich die „oppositionelle Front der Unterdrückten“ aufzubrechen droht.

Die folgende Analyse des bolivianischen Transformationsprozesses macht die 1993 eingeleiteten Reformen zur Bürgerbeteiligung zum Gegenstand einer Untersuchung des „Demokratisierungspotentials“⁴ der bolivianischen Gesellschaft. Nach Ansicht der Autorin fand unter der

¹Krempin, M. „Beginn und Ende einer Epoche - die politische Entwicklung von der Revolution von 1952 bis 1982.“ in: Bruns, D. (Hrsg.): *Bolivien. Express Reisehandbuch*. Köln, 1997: 101.

²Der Begriff „*criollo*“ bezeichnet in Südamerika geborene Nachfahren spanischer oder europäischer (weißer) Einwanderer.

³„egalitärer Wandel“ und „nachhaltige Entwicklung“

⁴gemessen an der Reformfähigkeit des politischen Systems, der Reformbereitschaft der Machthabenden, dem Mobilisierungs- und Partizipationspotential der Bevölkerung, sowie dem Konsens auf eine gewaltfreie Konfliktaustragung.

Amtszeit der Regierung Gonzalo Sánchez de Lozada eine Erweiterung des Handlungsspielraumes von Basisorganisationen, sowie eine (wenn auch bedingte) Öffnung des politischen Systems im Sinne einer möglichen Partizipation bisher ausgeschlossener oder marginalisierter Bevölkerungsgruppen statt. Ob diese Freiräume von den betreffenden Akteuren für den Ausbau einer konfliktfähigen Zivilgesellschaft und eine stärkere Einflußnahme bzw. Mitgestaltung des politischen Geschehens genutzt werden bzw. genutzt werden können, hängt ebenso von deren Organisations- und Mobilisierungspotential, wie von den internen und externen *constraints*⁵ ab, die einer demokratischen Umstrukturierung der politischen Machtverhältnisse förderlich sind oder im Wege stehen. Diese Sichtweise demokratischer Transformationsprozesse entspricht dem von Rainer Tetzlaff, Gunter Schubert und Werner Vennewald entworfenen Konzept der strategischen und konfliktfähigen Gruppen, dessen Stärke in einer Verknüpfung struktureller und akteursorientierter Systemansätze liegt.⁶ Es soll im folgenden als leitendes Untersuchungskonzept herangezogen werden.

Der vorliegenden Analyse wird ein Demokratieverständnis zugrunde gelegt, das davon ausgeht, daß in einer multiethnischen, von tiefen sozialen Ungleichheiten geprägten Gesellschaft eine auf rein juristische Gleichheitsrechte gestützte Definition von Demokratie nicht ausreicht, um die sozioökonomischen Partizipationschancen aller Bevölkerungsgruppen am politischen Prozeß zu gewährleisten. Vielmehr ist eine substantiell erweiterte Definition nötig, die in einem einleitenden Kapitel vorgestellt werden soll. Geklärt werden sollen auch für die weitere Analyse relevante Begriffe wie „Transformation“ und „Transition“. Ein folgendes Kapitel beschäftigt sich mit der Operationalisierung dieser Begrifflichkeiten im Rahmen des erwähnten SKOG Konzepts und einer kurzen Einschätzung seiner Bedeutung für die Transformationsforschung zu Bolivien.

Der umfassendste Teil der Arbeit ist der Übertragung des SKOG Modells auf die bolivianische Gesellschaft gewidmet. Dabei sollen sowohl die sich hinter den Kulissen des offiziellen politischen Diskurses verbergenden Machtverhältnisse und Interessen durchleuchtet werden, um darauf aufbauend eine grundsätzliche Einschätzung der Intention und Umsetzbarkeit des Reformprogrammes der bolivianischen Regierung vorzunehmen, als auch die Aufnahmebereitschaft und das Durchführungspotential in der Gesamtbevölkerung. Besonderes Augenmerk soll (entsprechend des zugrunde gelegten Demokratieverständnisses) dabei den bisher vom politischen Prozeß nahezu ausgeschlossenen indigenen Dorfgemeinschaften gelten, insbesondere der Frage, ob das bestehende Modell eine effektive Partizipation bei gleichzeitiger kultureller Selbstbestimmung ermöglicht.

Hauptanliegen der Arbeit ist dabei, herauszufinden, ob die bolivianischen Reformen zu einer Demokratisierung i.S. der verwandten Definition geführt haben, und wenn ja, ob dieser Prozeß

⁵strukturelle Hindernisse oder Beschleunigungsmomente im Prozeß der Transition; schließt auch historische und kulturelle Einflußfaktoren ein (Tetzlaff, Einleitung in Rainer, Einführung in Schubert, Gunter, Rainer Tetzlaff und Werner Vennewald (Hrsg.). *Demokratisierung und politischer Wandel. Theorie und Anwendung des Konzepts der strategischen und konfliktfähigen Gruppen*. Hamburg, 1994: 6.

⁶Schubert / Tetzlaff / Vennewald. *Demokratisierung und politischer Wandel. Theorie und Anwendung des Konzepts der strategischen und konfliktfähigen Gruppen*. Hamburg, 1994: 57-109.

gesellschaftlich bereits ausreichend verankert ist, um im Falle einer - seit den Parlaments und Präsidentschaftswahlen im Juni sehr wahrscheinlich gewordenen - Vernachlässigung bzw. Dämpfung unter einer veränderten Regierungskonstellation Zukunftsfähigkeit zu haben.⁷

2. Theoretischer Teil

2.1. Begriffsklärung: Demokratisierung und Demokratieverständnis

Wurde die Definition eines demokratischen Regimes zu Zeiten des Ost-West-Konflikts fast ausschließlich vom kapitalistischen Westen in Anspruch genommen und „demokratisch“ oft strategisch mit „anti-kommunistisch“ gleichgesetzt, so scheint mit Ende des bipolaren Weltsystems eine Demokratie-Euphorie von nahezu globaler Reichweite ausgebrochen zu sein. Zwar ist die Diskussion in den westlichen Industrieländern für die Begriffsbildung immer noch bestimmend; konfrontiert mit einer wachsenden Anerkennung der Demokratie als Wert an sich, bzw. als Synonym für Freiheit von willkürlicher Gewalt und Unterdrückung, Menschenrechten und Entwicklung, sowie angesichts des „demokratischen Kreuzzugs“ der westlichen Demokratien, versuchen jedoch Regierungen und politische Akteure jeder Art und Überzeugung den Begriff für sich zu besetzen. Auch ohne die Existenz kulturspezifischer Varianten in der *Ausdrucksform* eines als universell gültigen Ideals zu leugnen, kommt man jedoch für eine systematische Untersuchung von Transitionsprozessen nicht umhin, sich auf bestimmte Begrifflichkeiten und Kriterien festzulegen.

Im folgenden bezeichnet der Begriff „Transition“ politisch-institutionelle Veränderungen, die entweder einen „Systemwechsel“ oder einen - gesteuerten oder ertrotzten - „Systemwandel“ im Merkelschen Sinne nachsichziehen.⁸ Unter „Demokratisierung“ verstehe ich dementsprechend jede Art der Transition, die auf eine Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung und des Schutzes der allgemeinen Menschenrechte gerichtet ist. Dabei lege ich als gesellschaftliches Ideal ein normatives Demokratieverständnis zugrunde, daß über das von Dahl vorgeschlagene Konzept der *Polyarchie* oder „politischen Demokratie“ (d.h. einer demokratisch legitimierten Regierungsform)⁹ hinausgeht und

⁷Am 6. August 1997 erfolgt die Amtsübergabe an Ex-General Hugo Banzer Suarez, der an der Spitze einer Regierungskoalition aus seiner eigenen korporativistischen, mit Unternehmerinteressen verknüpften Partei ADN, der ambivalent sozialdemokratischen MIR, sowie den populistischen Parteien UCS und CONDEPA, die Präsidentschaft übernehmen wird. Abesehen von MIR stehen diese Parteien für eine paternalistisch-caudillistische Politik.

⁸Tetzlaff, in *Demokratisierung und politischer Wandel*, 1994: 7. nach *Huntington* (zitiert in Tetzlaff, a.a.O) ist eine weitere Differenzierung nach Initiatoren bzw Hauptträgern des Transitionsprozesses möglich.

⁹Dahls Konzept der *Polyarchie* (oder „politischen Demokratie“) fand in der Systemwechselforschung große Bedeutung als ein Ausgangspunkt für eine operationalisierbare Definition von Demokratie. Sie beschränkt sich auf die prozessualen Mindestvoraussetzungen der *contestation*, *partizipation* und *accountability* (Rechtfertigungs- bzw Verantwortungszwang der Regierung gegenüber ihren Wählern), Prinzipien, die sich im wesentlichen mit den im Internationalen Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte genannten decken. Faktisch hat eine solche Beschränkung auf die Demokratisierung staatlicher Institutionen gerade in durch große strukturelle Ungleichheiten gekennzeichneten Gesellschaften wie den lateinamerikanischen zu einem Fortbestehen oligarchischer und weitgehend autoritärer Regierungsstrukturen bei einer durch demokratische Wahlen formell legitimierten Regierungsweise geführt, von Kritikern einer solchen minimalistischen Definition auch als Phänomen der „low

stattdessen das Ziel einer sozialen Demokratie vor Augen hat, d.h. die Existenz eines demokratischen Regimes *und* einer demokratischen Gesellschaftsordnung. Maßstab für die Evaluierung des bolivianischen Transitionsprozesses soll demzufolge die Frage sein, ob tendenziell eine Verminderung strukturell bedingter Ungleichheiten, sowie eine Annäherung an die Verwirklichung des Rechts auf soziale und kulturelle Selbstverwirklichung zu verzeichnen ist. Eine mögliche Typologie zur Operationalisierung einer solchen Definition von Demokratie, welche gleichzeitig den Wert der politischen Demokratie an sich anerkennt und sie gleichzeitig als Basis für weitreichendere soziale Reformen sieht, ist die Unterscheidung einer Liberalisierungs- und einer Konsolidierungsphase des Demokratisierungsprozesses, wobei die Existenz einer politischen Demokratie als Endergebnis der ersteren und die der sozialen Demokratie als für eine Konsolidierung und Kontinuität des Regimes entscheidende folgende Phase angenommen wird. Eine solche Unterscheidung in Transitionsphasen mag in mancher Hinsicht künstlich sein, macht jedoch insbesondere mit Blick auf den Verlauf der gegenwärtigen lateinamerikanischen Demokratisierungsprozesse Sinn, welche, zumindest unter rein formalen Gesichtspunkten (mit potentieller Ausnahme Kubas und Perus) betrachtet, die Phase der Liberalisierung bereits durchlaufen haben.

2. Das SKOG Konzept: Grundannahmen und Definitionen¹⁰

Das Konzept der strategischen und konfliktfähigen Gruppen (SKOG) ist ein Modell zur vergleichenden Untersuchung politischer Transitionsprozesse, das den Anspruch verfolgt, durch die Konkretisierung der Wirkung objektiver struktureller Faktoren (sog. *Constraints*) auf die subjektiven Entscheidungen und Entscheidungsalternativen der Akteure, struktur- und akteursorientierte Ansätze in der Transitionsforschung zu integrieren. Das SKOG-Modell begreift politischen Wandel im allgemeinen, und Demokratisierung als eine seiner Varianten, als ein häufig nicht intendiertes „Ergebnis von (kurz-, mittel- und langfristigen) Veränderungen des innergesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zwischen sogenannten strategischen und/ oder konfliktfähigen Gruppen“¹¹. Bei diesen handelt es sich um Personengruppen, „die, aufgrund einer tendenziell gleichen gesellschaftlichen Lage ihrer Mitglieder, ein kollektives Bewußtsein entwickeln und gleichzeitig über spezifische Machtressourcen oder Konfliktpotentiale verfügen, die sie zum Zwecke ihrer Interessenrealisierung zielgerichtet einsetzen.“¹². Strategische Gruppen sind dabei an einer Perpetuierung bzw. Zementierung der bestehenden Macht- und Verteilungsverhältnisse interessiert, konfliktfähige Gruppen kämpfen für den politischen Wandel der sie benachteiligenden Gesellschaftsstrukturen. Angestrebte Zielsetzungen müssen dabei insbesondere bei letzteren Gruppen nicht unbedingt die Teilhabe an der politischen Macht oder der Zugriff auf materielle

intensity democracy“ (Gills/ Rocamora, *Third World Quarterly*, 13.3 (1994)) oder „delegative democracy“ (O’Donnell, *Journal of Democracy*, 5.1 (1994)) bezeichnet.

¹⁰Das SKOG-Modell wurde von einer Gruppe Hamburger WissenschaftlerInnen unter der Leitung von Professor Rainer Tetzlaff 1994 vorgestellt als eine Fortentwicklung des Konzepts der strategischen Gruppen der Bielefelder Entwicklungssoziologen Evers und Schiel.

¹¹Schubert/ Tetzlaff/ Vennwald., *Demokratisierung und politischer Wandel*, 1994: 57.

¹²Schubert/ Tetzlaff/ Vennwald., *Demokratisierung und politischer Wandel*, 1994: 74.

Ressourcen sein, sondern können auch die Wahrung kultureller Identität, die Durchsetzung bestimmter Wertvorstellungen oder die Abwehr von Hegemonieansprüchen anderer strategischer (oder konfliktfähiger; mein Zusatz) Gruppen beinhalten. Ebenso erschöpfen sich die Machtressourcen beider Gruppen nicht im Zugriff auf die Produktionsmittel und gesellschaftliche Revenuen, sondern umfassen auch schwerer meßbare Konfliktpotentiale in Form von physischer Gewalt, ideologischer Kohärenz, oder einem gesellschaftlich folgenreichen Verweigerungspotential gesellschaftlich produktiver Arbeitskraft. In jedem Fall verstärkt sich die Handlungsfähigkeit der Gruppen jedoch mit dem Grad ihrer Organisations- und Mobilisierungsfähigkeit. Die besondere Bedeutung exogen- oder endogenbedingter struktureller Faktoren (z.B. Sozialstruktur, Weltmarktsintegration, politisches System, politische Kultur) liegt dabei darin, daß sie die relative Machtposition der einzelnen Gruppen stärken oder schwächen und die Zahl der ihnen zur Verfügung stehenden Handlungsoptionen beeinflussen.

Die Übertragung der SKOG-Analyse auf den bolivianischen Transitionsprozeß erfordert einige Einschränkungen und Modifikationen, die sich teils aus regionalspezifischen Besonderheiten, teils aus dem Anspruch und Umfang der vorliegenden Arbeit ergeben. Aufgrund der relativ geringen ökonomischen Differenzierung der bolivianischen Gesellschaft und dem Primat klientelistischer Beziehungen vor funktionalistischen Identitäten folgt, daß die als strategisch und konfliktfähige Gruppen ausgemachten Personengruppen nicht unbedingt den traditionellen SKOG-Gruppen entsprechen, und oft in ihrer Komposition zudem inhomogen und instabil sind. Dies wird zusätzlich verstärkt durch die tendenziell zu verzeichnende programmatische Verarmung der politischen Kultur zu einer reinen Interessenpolitik. Gerade letzte Beobachtung sowie den bisher nur geringen Erfahrungswert der Demokratie für Bolivien macht jedoch eine Beschreibung des Demokratisierungsprozesses mit den Kategorien des von einem nicht intendierten Endergebnis ausgehenden SKOG-Konzeptes sinnvoll. Trotzdem ergibt sich aus der Anwendung des SKOG-Konzeptes auf die Phase der Konsolidierung (anstatt wie i.a. auf die Phase der Liberalisierung) wiederum die Notwendigkeit, nach der Entwicklung eines positiven normativen Demokratieverständnisses zu fragen, denn nur unter diesem Gesichtspunkt hat die Fortführung der sozialen Reformen trotz desolater wirtschaftlicher Lage eine Chance.

3. Constraints: strukturelle Besonderheiten und externe Einflußfaktoren als Handlungsrahmen der SKOG

3.1. Regierungssystem und Justiz

Seit der Wiederherstellung der zivilen Regierungsverhältnisse 1982 erlebt Bolivien seine längste Phase konstitutioneller Kontinuität. Dies ist besonders erstaunlich angesichts unzähliger Putsche und Putschversuche seit der Unabhängigkeit im Jahre 1825, die keine Phase der politischen Stabilisierung zuließen. Die erste demokratische Übergabe an die parlamentarische Opposition - gleichbedeutend mit

der Rettung der demokratischen Institutionen vor dem politischen und ökonomischen Schiffsbruch - im politischen und ökonomischen Krisenjahr 1985, die Bestätigung des noch jungen neoliberalistischen Wirtschaftskurses bei den Wahlen 1989, die weiter Vertiefung der seit 1985 verankerten Hauptlinien der Politik durch die 1993 angetretene Regierung Gonzalo Sánchez de Lozada sowie die - auch für die Wahlen 1997 zu beobachtende - Konsolidierung der Parteienlandschaft sprechen für eine Stabilisierung des politischen Systems und einen weitreichenden Konsens der wichtigen politischen Akteure bezüglich gewisser Spielregeln des demokratischen Wettbewerbs um die Macht.¹³ Eine akute Gefährdung der demokratischen Institutionen wird zudem unwahrscheinlicher durch die kontinuierliche Stabilisierung der Währungs- und Wirtschaftspolitik seit 1985, den zu erwartenden Ansteckungs- bzw. Stärkungseffekt durch die allgemein zu verzeichnende Tendenz zur Liberalisierung lateinamerikanischer Regierungssysteme (mit Ausnahme Perus), sowie nicht zuletzt dem Fehlen von Alternativen angesichts des Scheiterns vergangener (linker wie rechter) autoritärer Regime. Nicht zu unterschätzen ist vor allem die Rolle politischer Konditionalitäten bilateraler und multilateraler Entwicklungsprogramme¹⁴. Insbesondere die Wachsamkeit der USA bezüglich ihres „Hinterlands“ ist dabei groß. Das Interesse gilt dabei jedoch primär einem investitionsgünstigen Umfeld und der Öffnung freier Märkte anstatt der Entwicklung einer sozialen Demokratie i.o.S.¹⁵

Standen strukturelle Defizite (aufgeblähter Staatsapparat, komplizierte und intransparente Verwaltungsabläufe, ungenaue Kompetenzzuweisungen, sowie schlecht bezahlte und unqualifizierte Staatsangestellte) einem effektiven und transparenten Funktionieren des Staatsapparats, insbesondere der Rollenwahrnehmung von Exekutive und Legislative bisher entgegen, so sind in den genannten Bereichen seit einigen Jahren mit Unterstützung der internationalen Geberschaft Modernisierungs- und Rationalisierungsprogramme im Gange, die allerdings bisher nur schleppende Fortschritte zeigen.¹⁶

Auch die Justiz wurde mit der Verfassungsänderung von 1994 starken Modifikationen unterzogen, die einer fehlenden Autonomie der Richter sowie Defiziten im Verfahrensablauf (Korruptionsfälle, schwere

¹³vgl. hierzu Kap.4.2 der vorliegenden Arbeit.

¹⁴Zwischen 1980-1992 erhielt Bolivien jährlich zwischen 670 und 750 Mio. US\$ an offiziellen Entwicklungshilfegeldern. Das entspricht ca. 14% des BIP. Wichtigste Gelder sind die Interamerikanische Entwicklungsbank, gefolgt von US-Aid. Birle, Peter. „Interne und externe Rahmenbedingungen der bolivianischen Reformpolitik“, Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg. *Bolivien. Traumland der Reformen?* Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation 31 (1996): 23.

¹⁵Zum Prinzip der Koppelung von Krediten und finanzieller und technischer Unterstützung an die Bedingung des *Good Governance* und den dahinter stehenden Interessen vgl. „Good Governance“, *ids bulletin*, 24.1 (1993), insbesondere den Beitrag von Mick Moore.

¹⁶Birle, *Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation 31 (1996): 15*. Im bolivianischen Präsidialsystem vereint der auf vier Jahre (bei den Wahlen von 1997 erstmals für 5 Jahre gewählte) Präsident die Rollen des Staatsoberhauptes, Regierungschefs und Oberbefehlshabers der Streitkräfte. Findet kein Präsidentschaftskandidat die absolute Stimmenmehrheit (wie stets der Fall seit Wiedereinführung der freien allgemeinen Wahlen), so bestimmt der Kongreß den neuen Präsidenten (auch „Parlamentarisiertes Präsidialsystem“ genannt). Eine Wiederwahl ist nicht in direktem Anschluß an eine Amtszeit möglich. Die Legislative, das bolivianische Parlament in seiner Funktion als Legislative setzt sich aus Abgeordnetehaus und Senat zusammen. Der bisher vorherrschenden diskursorientierten, ineffizienten und von klientelistischen Praktiken bestimmten Arbeitsweise sollen nun durch Reformen des Verfahrensablaufs, sowie neue, am deutschen Wahlrecht orientierte Regelungen abgeholfen werden.

Zugänglichkeit, Diskriminierungen und unverhältnismäßige lange Prozeßdauer) entgegenwirken sollen.¹⁷ Vorgesehen sind die zusätzliche Einrichtung eines Verfassungsgerichts, eines Menschenrechtsprokurators, eines Justizrats, sowie neue Wahlmodi zur Wahrung der Unabhängigkeit des Justizpersonals. Bolivien ist Unterzeichner der wichtigsten internationalen Menschenrechtsverträge und -konventionen, und hat u.a. als eines der wenigen lateinamerikanischen Länder die Konvention über indigene Völker ratifiziert und in nationales Recht umgesetzt. Vor allem im Zusammenhang mit der gewaltsamen Auflösung von Generalstreiks und der Drogenbekämpfung¹⁸ kommt es jedoch wiederholt zu schweren Menschenrechtsverletzungen an gerade jenen Teilen der Bevölkerung, denen auch tendenziell der Zugang zur Gerichtsbarkeit (durch sprachliche Barrieren, Mittellosigkeit, Unkenntnis der Rechtslage) eher versagt bleibt.

3.2. Grunddaten zur Wirtschafts- und Sozialstruktur

Die finanzielle und wirtschaftliche Auslandsabhängigkeit Boliviens setzt einer etwaigen Radikalisierung der Demokratisierungsbestrebungen enge Grenzen. Große Teile des öffentlichen Staatshaushalts, im Gesundheitsetat bis zu 80%, sind fremdfinanziert, in allen Ministerien arbeiten ausländische Berater.¹⁹ Die extrem hohen Auslandsschulden²⁰ und Kreditverpflichtungen des bolivianischen Staates geben diesen ein hohes Maß an Einfluß auf die nationale Politik. Insbesondere die USA hält mit der Androhung der Dezertifizierung²¹ ein äußerst wirksames Instrument zur Durchsetzung eigener Interessen in der Hand. In Bezug auf die *Participación Popular* entsprechen diese zwar offiziell den Verlautbarungen einer nachhaltigen und partizipativen Entwicklungspolitik, entpuppen sich jedoch nicht zuletzt am Beispiel der Repressionen gegen die Kokabauern in Chapare als völlig undemokratische, von wirtschaftlichen Interessen bestimmte Machtpolitik.²²

Prägend für Boliviens Sozialstruktur sind die extremen Ungleichheiten zwischen Stadt und Land, die sich größtenteils auch mit ethnischen Grenzen decken. Jahrzehntelange Benachteiligung der ländlichen Gebiete führten dort zu einem enormen Defizit an Partizipationsmöglichkeiten in Bezug auf staatliche Leistungen (Bildung, Gesundheit, Infrastruktur)²³ und für weite Teile der Bevölkerung zu einem Leben

¹⁷Birle, in *Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation*, 31 (1996): 18f.

¹⁸1988 wurde auf internationalen Druck hin das Gesetz zur Drogenbekämpfung, *Ley 1.008*, verabschiedet. Dieses führt für vermutete Drogendelikte Bestimmungen ein, die den internationalen Richtlinien von Rechtsstaatlichkeit grundlegend widersprechen und sogar im Widerspruch zur bolivianischen Verfassung die Einrichtung von Sondergerichten vorsehen. Birle, *Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation* 31 (1996): 18/19.

¹⁹ Recknagel, Albert. „Zwischen Drogenmafia und DEA“ *ILA* 175 (Mai 1994): 13.

²⁰Jahresende 1993: 4.300 Mio US \$, mit einem Verhältnis von Zinsen zu Exporteinnahmen von 23,4%. Bolivien. *Munzinger-Archiv / IH-Länder aktuell* 33-34/96, Wirtschaft: 4.

²¹gleichbedeutend mit dem Entzug jeglicher wirtschaftlicher oder finanzieller Unterstützung seitens der USA. Druckmittel der amerikanischen Regierung zur Durchsetzung ihrer Drogenpolitik.

²²Birle, *Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation*, 31 (1996): 21ff.

²³1992 betrug die Kindersterblichkeit der unter 5-jährigen 11%, die Zahl der Haushalte mit Zugang zu sauberem Wasser 55%. Von der Landbevölkerung lebten zwischen 1980 und 1990 68% unter der Armutsgrenze. (*aktuell* 4/97: 15). Auf dem Lande waren außerdem 36.8% der Frauen und 20.5% der Männer ohne Bildungsabschluß. (Ströbele-Gregor, Juliane. „Bildungsreform und indianische Bewegung in Bolivien“, Institut für Iberoamerikakunde, Hamburg. *Bolivien. Traumland der Reformen?* Lateinamerika - Analysen - Berichte - Dokumentation 31 (1996): 72).

unterhalb der Armutsgrenze. Etwa 2/3 der bolivianischen Bevölkerung leben auf dem Land, der größte Teil Mestizen oder Indigene²⁴. Der Anteil der Landwirtschaft am BIP und an der Zahl der Erwerbstätigen ist in den letzten Jahren kontinuierlich zurück gegangen²⁵. Ursachen sind in erster Linie in der ungleichen Bodenbesitzstruktur (die sich auch mit der Agrarreform 1953 nicht grundlegend verändert hat), den extremen Witterungs- und Erosionsbedingungen, sowie der kaum existenten infrastrukturellen Erschließung zu suchen. Die Folgen sind Massenabwanderungen in die Städte oder in die östlichen Kolonisationsgebiete, Zentren der größtenteils illegalen Kokaproduktion, von der inzwischen bereits 5-10 % der bolivianischen Bevölkerung leben²⁶. Das wirtschaftliche Machtgefälle spiegelt sich auch auf der politischen Ebene wieder, da die Einflußmöglichkeiten der ländlichen Bevölkerung trotz relativ hoher Wahlbeteiligung durch die mangelnde Repräsentativität der Parteienlandschaft sowie deren klientelistische Strukturen fast zu vernachlässigen sind.

Wirtschaftlicher Erfolg der 1985 begonnenen Stabilisierungspolitik ist eine durchschnittliche Inflationsrate von 13,5%²⁷, einer der niedrigsten in Lateinamerika (beim Amtsantritt des Präsidenten Paz Estenssoro 1985 betrug die Hyperinflation 20.000%!), außerdem ein Zuwachs an Devisenreserven, und die Bedienung der Auslandsschulden. Nicht gelungen ist dagegen, den Privatsektor zum Motor der nationalen Entwicklung zu machen. Die horrenden sozialen Kosten des Stabilisierungsprogramms (Massenarbeitslosigkeit, Vertiefung sozialer Ungleichheiten, Kürzung staatlicher Leistungen im öffentlichen Sektor), welche v.a. zu Lasten der Arbeiter und Bauern gingen, bedeuteten die entgültige offizielle Aufkündigung der ursprünglichen national-revolutionären Integrations- und Sozialstaatsideologie von 1952 und hatten einen deutlichen Legitimitäts- und Loyalitätsverlust v.a. unter städtischen Migranten und Teilen der Campesinos zur Folge.²⁸

²⁴Etwa 35-40 ethnische Gruppen verteilen sich über das gesamte bolivianische Territorium, die größte Gruppe der quechua- oder aymara-sprachigen Bevölkerung lebt jedoch traditionell im Andenhochland. Je nach zugrunde gelegter Definition wird von einem indigenen Anteil von über 50% (Instituto Nacional de Estadísticas), 71% (Mercado, 1990) oder 85% (Reynaga, 1990) ausgegangen. (Ströbele-Gregor, Juliana. „Vom indio zum mestizo...zum indio“. Dietmar Dirmoser (Hrsg.). *Die Wilden und die Barbarei*. Lateinamerika, Analysen und Berichte 16, Bad Honnef, 1993: 96).

²⁵1992 waren noch 38,9% in der Landwirtschaft beschäftigt *Munzinger-Archiv / IH-Länder aktuell 33-34/96*, Wirtschaft: 5.

²⁶Als Ausweg aus der Krise des Zinnbergbaus (Hauptpfeiler des staatlich gelenkten Akkumulationsmodells von 1952) entwickelte sich Koka zur neuen Achse, insbesondere zur Zeit des „Drogengenerals“ García Meza (1980). Heute leben rund eine halbe Millionen Menschen vom Kokaanbau, der jährliche Exportwert übertrifft mit 3-4 Mrd. US\$ die gesamte legale Ausfuhr um ein Vielfaches (und fördert zusätzlich eine illegale Parallelökonomie, sowie die von einer partielle Reinvestitionen des Drogengeschäfts in die Nationalökonomie profitierende Bauwirtschaft und der Finanzsektor). Problem bleibt, daß der wichtigste Sektor der nationalen Wirtschaft dem Einfluß der Regierung nahezu vollständig entzogen ist. (Daten aus Krempin, Michael. „Wahlen in Bolivien: Seltsame Allianz zwischen einstigen Feinden“. *Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation* 13 (1990): 54.)

²⁷Mayorga, René Antonio. „Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen von 1993 und das politische System Boliviens“ *Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation* 25/26 (1994): 40.

²⁸Ströbele-Gregor, *Lateinamerika, Analysen und Berichte* 16 (1993): 107.

4. Das Projekt zur Bürgerbeteiligung: Participación Popular

4.1. Das Gesetz²⁹

Am 20. April 1994 trat nach der Verabschiedung im Abgeordneten und Repräsentantenhaus des bolivianischen Parlaments das Gesetz über die Bürgerbeteiligung, genannt *Ley de Participación Popular* (LPP) in Kraft. Dieses Gesetz stellt eine umfassende Umstrukturierung der bolivianischen Verwaltungsstrukturen dar, die auf eine Dezentralisierung politischer Entscheidungsbefugnisse zugunsten der Lokalregierungen ausgerichtet ist. Demnach gibt die Zentralregierung politische Kompetenzen und finanzielle Mittel an die örtlichen Kommunen ab, welche nun die Eigenverantwortung für ihren Bezirk betreffende verwaltungspolitische Aufgaben tragen. Darunter fallen vor allem sämtliche Maßnahmen im Bereich der sozialen Infrastruktur, so der Bildungssektor, das Sport- und Gesundheitswesen, sowie der Bau von Nachbarschaftsstraßen.

Für die Wahrnehmung ihrer neu geschaffenen Rechte und Pflichten erhalten die Gemeinden Regierungsgelder in Pro-Kopf-Relation, dh. die Einwohnerzahl bestimmt die Höhe der finanziellen Zuschüsse³⁰. Alleinige Bedingung hierfür ist die Ausarbeitung und Vorlage eines 'operativen Jahresplans' in welchem die einzelnen veranschlagten Posten aufgelistet werden.³¹ Zudem besteht die Möglichkeit, in begrenztem Umfang eigene Steuern zu erheben. Für die Durchführung von Entwicklungsvorhaben wurden außerdem regionale Kompensationsfonds eingerichtet.

Gleichzeitig erhalten alle zum Zeitpunkt der Inkrafttretung des Gesetzes existierenden *territorialen* Basisorganisationen im ländlichen und städtischen Bereich als sogenannte 'OTBs' den Status einer Rechtspersönlichkeit, d.h. sie haben das Recht auf Anhörung und Reklamation in Bezug auf (lokal)politische Entscheide³². Institutionell geschieht dies über die Entsendung eines von den OTBs gewählten Repräsentanten pro Rechtsprechungsdistrikt in das neu geschaffene Überwachungskomitee (*consejo de vigilancia*) der Lokalregierung, das die Leistungen der Kommune überwachen und die Interessen der Basisbevölkerung kanalisieren soll. Die *consejos de vigilancia* haben das Recht, im Falle einer vermeintlichen Veruntreuung von Geldern oder der Übergehung ihrer Mitspracherechte Klage einzulegen.

Der grundlegende Gedanke der Dezentralisierung ist keineswegs neu, ähnliche Bestrebungen waren bereits seit 1988 und insbesondere unter der Regierung von Jaime Paz Zamora und Hugo Banzer im

²⁹vgl CEDIB. *Participacion Popular. Ley Y Comentarios*. Serie Dossier, Recopilación Hemero-bibliográfico, Cochabamba, no.2 Junio 1994 für eine ausführliche Version.

³⁰Als Grundlage gelten die 1992 errechneten Einwohnerzahlen, die alle fünf Jahre durch einen neuen Zensus aktualisiert werden sollen. Mercado, Rodolfo. „Dezentralisierung und *Participación Popular*“, Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg. *Bolivien. Traumland der Reformen? Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation* 31 (1996): 44.

³¹Die an die Munizipien verteilten Gelder stammen einerseits aus einer 25% Übergabe der staatlichen Steuereinnahmen, andererseits aus der 100%igen Rückführung der auf urbane und rurale Besitztümer auferlegten Steuerzahlungen. *Bolivia 105* (April-Juni 1994).

Gespräch. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern wählte Gonzalo Sánchez de Lozada für seinen Weg der Demokratisierung jedoch die Ebene der Munizipien und nicht, wie zuvor geplant, das Niveau der Departments³³. Als maßgebende Verwaltungseinheit wurden gemäß des neu erlassenen Gesetzes 311³⁴ territorial gebundene Munizipien (mit mindestens 5000 Einwohnern) geschaffen, in deren Zuständigkeitsbereich *sowohl städtische als auch ländliche Regionen fallen*³⁵. Ziel dieser Neuordnung der Bezirke ist ein Ausgleich des für Bolivien typischen Stadt-Land Gefälles, indem die Departementshauptstädte sowohl wirtschaftliche als auch politische und infrastrukturelle Vormachtstellung haben³⁶. Mit der neuen Politik sollen auch die letzten „weißen Flecken“ des bolivianischen Territoriums erfaßt und ihre politische und wirtschaftliche Integration gefördert werden. Hiervon erhofft sich die Regierung vor allem eine Reduzierung der in den letzten Jahrzehnten stark angewachsenen Arbeitsmigration der ländlichen Bevölkerung in die urbanen Zentren. Fraglich ist, ob die bloße Einbeziehung ruraler Regionen in die städtischen Verwaltungszonen ein Aufbrechen der kulturellen, politischen und ökonomischen Kopfstellung der Departmentshauptstädte bewirken kann. Zweifel stellen sich vor allem in Anbetracht der Tatsache, daß die städtischen OTBs gegenüber den traditionellen ländlichen Organisationen im Umgang mit staatlich-administrativen Strukturen sowohl einen Erfahrungs- als auch einen Ressourcenvorsprung haben. Kritisch zu sehen ist auch das indirekt gesteckte Ziel, durch eine Stärkung der OTBs, die per Definition die gesamte Bevölkerung eines Distrikts erfassen, die Vertretung korporativer und sektoraler Interessen, so zum Beispiel der Gewerkschaften, zu brechen.

4.2. Einordnung in das staatliche Reformprojekt

Ergänzend zum *Ley de Participación Popular* trat im Januar 1996 das Gesetz zur Dezentralisierung, *Ley de Decentralización Administrativa*, in Kraft. Es stärkt einerseits die Präsenz der Exekutive auf departementaler Ebene, andererseits schafft es institutionalisierte Formen des Zusammenspiels zwischen Departments und Munizipien. Anstelle der früheren, unabhängigen regionalen Entwicklungskörperschaften (CORDE), deren Kompetenzen durch das *Ley de Participación Popular*

³²bis Februar 1996 verfügten etwa 10.000 Basisorganisationen über den Status von juristischen Personen, in 192 von 311 Gemeinden existierten Comités de Vigilancia (Mercado, *Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation* 31 (1996): 48).

³³Das erste Dezentralisierungskonzept, das sich noch auf die Bereiche Erziehung und Gesundheit beschränkte, wurde 1988 von der Exekutive vorgelegt, stieß aber sowohl im Parlament als auch in den betreffenden gesellschaftlichen Sektoren auf starke Ablehnung. Es folgten Initiativen für eine Verfassungsreform und die Ausarbeitung von Dezentralisierungsgesetzen, die aber keine tragfähige Mehrheit einbrachten. Als Reaktion auf den wachsenden Druck der regionalen Comités Cívicos (den städtischen Bürgervereinigungen), zielten sie auf eine effektivere Rückkoppelung zwischen zentral-staatlicher und departementaler Ebene. Mercado, *Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation* 31 (1996): 43.

³⁴Angaben sind sehr unterschiedlich, diese stammt von Mercado, *Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentationen* 31 (1996): 43.

³⁵Die bisherigen Gemeindeverwaltungen wurden alleine von der Stadtbevölkerung gewählt. Die ländliche Bevölkerung hatte kein Mitbestimmungsrecht (GTZ. *Participación Popular. Neue Chancen für die Entwicklungszusammenarbeit mit Bolivien*. 18S. Strategiepapier mit Anlage, November 1995: 3.

bereits zu einem großen Teil an die Gemeinden abgetreten wurden, übernehmen nun die von der Zentralregierung ernannten Präfekturen der neun Departements, die zuvor lediglich für Innere Sicherheit und die Repräsentation der Zentralregierung zuständig waren, zusätzlich die Aufgaben departementaler Entwicklungsplanung und -implementierung. Dieselben Präfekturen sind auch zuständig für die Förderung von Privatinvestitionen, die Zuerkennung der Rechtsfähigkeit an Organisationen (Anerkennung als juristische Personen) und die Förderung der *Participación Popular* durch die Kanalisation der Ansprüche und Forderungen der OTBs und Municipien. Das administrative Zusammenlaufen weitreichender und teils widersprüchlicher Funktionen soll eine kohärente Umsetzung nationaler Politiken und eine effiziente Verwaltung ermöglichen.³⁷ Die Departements wirken dabei als intermediäre Instanzen quasi als eine „Scharnierfunktion“³⁸ zwischen Zentralregierung und Gemeinden. Ihrer sozialen Kontrolle dient - in Abbildung der Strukturen auf Gemeindeebene - ein von den Gemeinderäten gewählter Departmentsrat (*Consejo Departamental*), dessen Entscheidungskompetenzen die Annahme oder Ablehnung regionaler Entwicklungspläne und des Departmentshaushaltsplan umfassen.³⁹

Nicht zu trennen ist eine Einschätzung der Durchführbarkeit der *Participación Popular* von der 1995 in Modellschulen gestarteten Reform des Bildungswesens. Ziel ist eine an den kulturellen, sprachlichen und sozio-ökologischen Gegebenheiten vor Ort angepasste, praxisorientierte Ausrichtung des Unterrichts in Schulen der Primärstufe, sowie langfristig eine Senkung der Schulabbrecherzahlen⁴⁰. Verwirklicht werden soll dies, ganz im Sinne der *Participación Popular*, durch eine partizipatorische Gestaltung von personellen, materiellen und inhaltlichen Bildungsfragen unter Einbezug der Elternschaft vor Ort.

Insbesondere diese konkreten Schritte zur Demokratisierung des Bildungswesens versprechen in Verbindung mit der Einrichtung von Institutionen sozialer Kontrolle langfristig eine tatsächliche Erweiterung des Handlungsspielraums der Basisorganisationen im Sinne einer selbstgeleiteten Entwicklung. Andererseits lassen die gestärkte lokale Präsenz des Staates in Form der Präfekturen, sowie die Notwendigkeit, lokale Projekte mit der übergeordneten Entwicklungsbehörde abzustimmen, die Fortführung alter Hierarchien fürchten. Ähnlich widersprüchlich verläuft auch das hartnäckige Festhalten der Regierung am Kurs der *Capitalización*,⁴¹ der bolivianischen Form der Privatisierung staatlicher

³⁶Bisher flossen 84% der Steuereinnahmen nach La Paz, Santa Cruz und Cochabamba und kamen den dort lebenden 25-30% der bolivianischen Bevölkerung zugute. *BOLIVIA sago Informationsblatt* 105: 3-7.

³⁷ Mercado, *Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentaion* 31(1996): 45ff. Finanziert werden die neuen Aufgaben der Departements über Förderabgaben für den Abbau regionaler natürlicher Ressourcen, 25% der Steuern auf Bergbau und Erdölindustrie, sowie aus einem Kompensationsfonds, von dem 50% zu gleichen Teilen und 50% entsprechend der jeweiligen Bevölkerungsstärke auf die Departments verteilt werden.

³⁸ GTZ. *Participación Popular*, 1995: 3.

³⁹Im Unterschied zu den Überwachungskomitees auf kommunaler Ebene scheint der Departmentsrat nicht ausdrücklich in die planungsphase regionaler Entwicklungsprojekte integriert zu sein.

⁴⁰Durchschnittlich beendet nur einer von 100 männlichen Schulanfängern seine Ausbildung. (*Bolivia*, Nr 102). Bei Schülerinnen ist die Quote noch geringer.

⁴¹Bolivianisches Sonderkonzept der „Kapitalisierung“ staatlicher Betriebe, die zur *Hälfte* in das Eigentum sowie ausschließliche Management privater - und zudem voraussichtlich ausländischer - Unternehmen übergehen sollen. Dabei wird eine Gesellschaft gegründet, in die der Staat sein Unternehmen, der private Investor einen dem Unternehmen gleichwertigen Kapitalbetrag einbringt. Auf diese Weise entsteht ein Unternehmen doppelt so hohen

Betriebe, welcher Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ungleichheiten noch verstärkt und somit den egalitären Diskurs der bolivianischen Regierung gewissermaßen *ad absurdum* führt. Eine Einschätzung der tatsächlichen Reichweite und Tiefe der Reformen setzt somit eine genauere Analyse der Machtverhältnisse voraus.

5. Strategische und konfliktfähige Gruppen in Bezug auf die PP

5.1. Die Regimekoalition

Bei den letzten Parlamentswahlen im Juni 1993 erzielte die modernistisch orientierte MNR (*Movimiento Nacionalista Revolucionario*) mit ihrem Präsidentschaftskandidaten Gonzalo Sánchez de Lozada mit 33,48% der Stimmen die relative Mehrheit⁴². Seit der zweiten Amtsperiode von Victor Paz Estenssoro (1985 - 9) steht diese ursprünglich aus der Nationalen Revolution von 1952 hervorgegangene und damals stark zentralistisch ausgerichtete Partei für eine totale wirtschaftliche Liberalisierung. Zwecks Mehrheitsbeschaffung wurde ein Koalitionsbündnis mit der UCS⁴³, der Partei des größten bolivianischen Bierbrauers, Max Fernandez, ausgehandelt. Ein zwischen MNR und UCS ausgehandelter „Pakt für die Regierbarkeit“ schränkt jedoch die Machtbeteiligung der UCS stark ein und unterstellt sie „der politischen Autorität“⁴⁴ des Präsidenten. Weiteren Grund zur Unzufriedenheit der UCS gibt ein separat geschlossenes Nebenbündnis zwischen MNR und der linksprogressiven MBL, der bei einer mit der UCS vergleichsweise weitaus geringeren Abgeordnetenzahl fast entsprechende Regierungsmacht gewährt wurde.⁴⁵

An der Unterstützung durch die MBL, sowie progressiver Kräfte in der MNR hängt letztendlich auch die Durchsetzungsfähigkeit der oben beschriebenen Reformen. Während das erklärte Regierungsziel, die Stabilisierung der wirtschaftlichen und politischen Lage, durch eine gerechtere Verteilung der öffentlichen Ressourcen, die Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Organe insbesondere in marginalisierten Regionen und die Verbesserung der administrativen Effizienz, zumindest konzeptuell die Abgabe zentralstaatlicher Kompetenzen an die Basis anstrebt, sieht die Mehrheit der MNR in den Reformen höchstens eine Möglichkeit zum Ausbau klientelistischer Strukturen. Mit der Wahlschluppe

Werts, dessen Aktien zu 50% an den privaten Anteilhaber übergehen, die restlichen 50% an alle volljährigen Bolivianer überschrieben werden. Auf diese Weise soll über die herkömmliche Art der Privatisierung hinaus eine umfassende Vermögensumverteilung stattfinden. Nachteilig ist jedoch, daß auf diese Weise die zuvor übliche Investition der Transaktionserlöse in soziale Projekte entfällt. Petersen, Hans. „Die wirtschaftliche Reformpolitik der Regierung Sánchez de Lozada“ Lateinamerika. *Analysen - Berichte - Dokumentation* 31 (1996) : 54-56.

⁴²*Bolivia 102* (Juli-Sept 93): 3.

⁴³*Unión Cívica Solidaridad* (Bürgerunion Solidarität)

⁴⁴*Bolivia 102* (Juli-Sept 93): 5.

⁴⁵MBL: *Movimiento Bolivia Libre*: 1987 gegründete Partei marxistischen Ursprungs; heute sozialreformerisches Profil; für einen stärkeren Staatsinterventionismus; Insbesondere die Vergabe des prestigeträchtigen Außenministerpostens an den MBL Abgeordneten Antonio Aranibar sorgte für Spannungen mit dem

der MNR in den vergangenen Kommunalwahlen, die den Verlust von 15% aller MNR gestellten Präfekturen einbrachte⁴⁶, entfiel jedoch auch dieser letzte Unterstützungsgrund für die Anhänger der alten, stark zentralistischen Parteistrukturen⁴⁷.

Für die Glaubwürdigkeit von Gonzalo Sánchez de Lozadas Reformversprechungen spricht die Besetzung entscheidungsrelevanter Regierungsposten mit unparteilichen Reformern aus dem NGO - Bereich und Abgeordneten der MBL, die Gründung dreier 'Superministerien' im Bereich nachhaltige und menschliche Entwicklung, sowie deutliche Bestrebungen nach einer internen Demokratisierung des Parteiensystems⁴⁸. Auch die Inangriffnahme der bereits erwähnten Bildungsreform, sowie die symbolträchtige Ernennung des Aymara Intellektuellen Cárdenas zum Vizepräsidenten sprechen für die Ernsthaftigkeit der offiziellen pluralistischen Diskurses. Dennoch dürfen angesichts der langen Tradition klientelistischer und patrimonialistischer Politik Zweifel an einer kurzfristigen Reformfähigkeit der bolivianischen Parteien aufkommen. Letztendlich handelt es sich bei den beschriebenen Reformen um eine (wenn auch auf Basisbewegungen reagierende) Revolution *von oben*, deren Durchsetzung (zumindest *noch*) in der Hand der Regierenden liegt - und diese greifen notfalls zum undemokratischen Mittel der Gewalt, wie die blutigen Zusammenstöße zur Zeit des von Mai bis Oktober 1995 verhängten Ausnahmezustandes klar vor Augen führen.⁴⁹ Durch das Festhalten an der gewaltsamen Konfliktaustragung wird das bisher erreichte Minimum an demokratischem Konsens permanent gefährdet. Geschürt wird auch das Mißtrauen der Bevölkerung gegenüber einer Regierung, deren Reformversprechen von Kritikern als heuchlerisch verpackte Kooptionsversuche im Sinne einer „Post-Chiapas-Befriedung“ potentieller Regimegegner gesehen wird.⁵⁰

5.2. Oppositionsparteien

Beginnend mit der Phase des 1985 zwischen MNR und ADN geschlossenen „Paktes für die Demokratie“ ist in der bolivianischen Parteienlandschaft eine Politik der Konzertation zu verzeichnen, welche die Grundlage für dringend anstehende strukturelle Reformen des politischen Systems ermöglichte und insgesamt für eine Stabilisierung des politischen Systems sorgte. Kehrseite dieser Logik der „paktierten“ oder „konsensualen Demokratie“⁵¹ ist jedoch die Tatsache, daß spätestens seit dem *Acuerdo Patriótico* (Patriotisches Übereinkommen) des ehemals linken Widerstandskämpfers Jaime Paz und des Ex-Diktators Hugo Banzer (1989-93) scheinbar alle Parteien als mögliche Koalitionspartner in Frage zu

Koalitionspartner UCS. Die Ernennung Aranibars erfolgte auch entgegen heftiger Proteste und Sanktionsandrohungen von Seiten der us-amerikanischen Regierung.

⁴⁶Oberfrank, Thomas. „Jenseits der 'unsichtbaren' Faust des Marktes“. *links 5/6 (1996)*: 52.

⁴⁷Die Rolle der MNR entsprach lange Zeit der mexikanischen Revolutionspartei PRI, d.h. durch Wahlbetrug, Kooptation und Repression konnte das Erstarken anderer politischer Kräfte weitgehend verhindert werden. Allerdings verliert auch gerade die PRI in den letzten Jahren in den Kommunalwahlen zunehmend an Unterstützung.

⁴⁸Wahlreformgesetze, orientiert am deutschen Wahlsystem werden bei den Wahlen im Sommer 1997 zum tragen kommen; erwartet wird eine stärkere Bindung der Parlamentsabgeordneten an ihren Wahlkreis, aber gerade hierdurch auch eine Erhöhung der Korruptionsanfälligkeit.

⁴⁹Oberfrank, Thomas. „Reformpolitik als Nullsummenspiel? *Lateinamerika Nachrichten 254/55* (Aug-Sept 1995).

⁵⁰Oberfrank, *links 5/6 (1996)*: 51ff.

⁵¹Mayorga, *Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation 25/26 (1994)*: 43.

kommen scheinen, wobei ideologische Gesichtspunkte gegenüber der Frage der Mehrheitsbeschaffung völlig unter den Tisch fallen.

Der „Mangel an politischer Ethik“⁵² zeigt sich auch in einem von Nepotismus und Klientelismus bestimmten Politikstil, bei dem die Ämterverteilung der Logik einer Pfründewirtschaft folgt.⁵³ Korruptionsskandale, die Aufblähung des Staatsapparates, sowie die Ineffizienz bzw. Ignoranz hinsichtlich der Lösung der akutesten sozialen Probleme sind die Symptome dieser Politik, bei der es den meisten Technokraten nur darum geht, „ihre Schäfchen ins Trockene zu bekommen“.⁵⁴

Der überraschende Erfolg der caudillistischen⁵⁵ und neopopulistischen CONDEPA, sowie der Partei des freizügig Parteigaben austeilenden Bierbrauers Max Fernandez (UCS) bei den Wahlen 1993, verdeutlichte auf ein neues den Erfolg klientelistischer und patrimonialer Praktiken in einer von ihren alltäglichen Problemen und Überlebenskämpfen nahezu überwältigten Bevölkerungsmehrheit.⁵⁶

Insgesamt ist eine Tendenz zur Konzentration des Parteiensystems zu vermerken, wobei sich innerhalb der fünf relevanten Parteien der Gegensatz zwischen Rechts und Links deutlich verringert hat und durch eine eher in der Konkurrenz zwischen liberalen Modernisierern und traditionellen Populisten liegende Differenz des Politikstils überlagert hat, eine methodische Debatte, die sich zunehmend auch innerhalb der einzelnen Parteien abspielt. Das neoliberalistische Wirtschaftsmodell und die demokratischen Institutionen werden dagegen von keiner der parlamentarisch vertretenen Parteien mehr ernsthaft angefochten.⁵⁷

Auch die Wiederwahl des Ex-Diktators Hugo Banzer (der sich dem Zeitgeist gemäß bereits 1979 offiziell zur Demokratie bekannt hat) ist somit nicht als Wunsch nach autoritäreren Regierungsform zu bewerten. Vielmehr beruht sein Sieg auf der immer noch weit verbreiteten Verbindung seiner Person mit einer Zeit relativer Prosperität, sowie auf einer pragmatischen Entscheidung für das kleinere Übel angesichts der Profilosigkeit der übrigen Kandidaten sowie des enormen Ansehensverlusts der Linken.⁵⁸

⁵²Krempin, *Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation 13* (1990): 61

⁵³Laut einem bolivianischen Sprichwort ist wurde die Politik zur „wichtigsten Industrie des Landes“. Hofmeister, Wilhelm. „Parteien und politischer Wandel in Bolivien“, Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg. *Bolivien. Traumland der Reformen?* Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation 31 (1996). 28.

⁵⁴Krempin: *Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation 13* (1990): 61.

⁵⁵„Caudillismo“ bezeichnet einen Politikstil, der durch die klientelistischen Netzwerke mächtiger caudillos (charismatischer Führerfiguren (caudillos) geprägt ist, welche ihre Machtposition vor allem aus einer Kombination von politischen und militärischen Fähigkeiten, Macho-Gehabe und die Verteilung von Geschenken sowie Ämterpatronage schöpfen und eine pure Macht- und Interessenpolitik verfolgen.

⁵⁶CONDEPA erzielte auf nationaler Ebene 14,3%, wurde in La Paz un El Alto jedoch zweitstärkste Partei aufgrund ihrer soliden Wählerbasis bei den städtischen Aymara. UCS erzielte als Neuaufsteigerpartei erstaunliche 13,8%. Mayorga, *Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation 25/26* (1994): 47f.

⁵⁷Eine partielle Ausnahme findet sich in der neo-populistischen Partei CONDEPA, die als einzige in einem insgesamt sehr langweiligen Wahlkampf ohne große programmatische Debatten für eine endogene, importsubstituierende Entwicklung eintrat, aber deren Einstieg in die Regierungskoalition mit der rechtspopulistischen ADN verdeutlichte, daß es mit dem diffus-antiimperialistischen Gehabe nicht viel auf sich hat.

⁵⁸Der ursprüngliche Kandidat der MNR, René Blattmann, ein Vertrauter des Präsidenten, trat vermutlich aufgrund parteiinterner Streitigkeiten zurück und wurde durch den völlig farblosen Juan Carlos Durán, kein Freund der gonistischen Reformen, ersetzt. Jaime Paz Zamora, bereits mit dem Stigma der Inflation aus seiner letzten Amtszeit (damals UDP) behaftet, wurde durch das von den USA erteilte Einreiseverbot entgültig aus dem Rennen geschlagen. Der Kandidat der MBL mußte für das generell angeschlagene Image der Linken geradestehen und sowohl UCS als

Im Verlauf der vier zwischen 1980 und 1993 geführten Wahlen konzentrierte sich das „Regierungspotential“⁵⁹ der Parteien auf eine „Triade“, d.h. jeweils drei politische Gruppierungen konnten durch Bündnisse mit kleineren Parteien die notwendige absolute Mehrheit erreichen. Auch die im vergangenen Juni mit nur 22% der Stimmen auf den ersten Platz gewählte ADN mit ihrem Präsidentschaftskandidaten Hugo Banzer muß sich auf ein Parteienbündnis, gebildet aus MIR, UCS und CONDEPA stützen.⁶⁰

Taktisch operierend, machten während des Wahlkampfes keine dieser Parteien gegen die international beliebten Reformen der *Gonistas* Furore. Im Gegenteil versuchten verschiedene Kandidaten, das Programm für sich zu beanspruchen, Hugo Banzer sprach von dessen Anreicherung durch soziale Elemente. Auch in der Praxis ist kein Frontalangriff auf Dezentralisierung und LPP zu erwarten. Zu Befürchten ist eher ein „Ausblutenlassen“ durch die Verzögerung und Kündigung zugesagter Gelder und eine Unterlaufung der ursprünglichen Stoßrichtung durch klientelistische Strukturen. Angesichts der Niederlage des Reformflügels innerhalb der MNR wäre allerdings auch im Falle einer Wiederwahl nichts anderes zu erwarten gewesen.⁶¹

5.3. Die Gewerkschaften

Starken Widerstand gegen das Reformprogramm leisten die Gewerkschaften. Sie sehen in der Stärkung *territorialer* Basisorganisation eine gezielte Schwächung ihrer eigenen, *sektoralen* Interessen und befürchten angesichts fortgesetzter Privatisierungen einen weiteren Rückgang ihrer Mitgliederzahlen. Diese Befürchtungen sind zwar nicht ganz unbegründet, ihre übermäßige Gewichtung verhindert jedoch eine konstruktive Diskussion der eigentlich viel dringlicheren *internen* Probleme organisatorischer und konzeptueller Art: Seit Beginn der politischen und wirtschaftlichen Liberalisierungen haben die Gewerkschaften viel von ihrer ursprünglichen Macht und Konfliktfähigkeit verloren. Massenentlassungen und Privatisierungen, sowie die Unfähigkeit der Minengewerkschaften, in den zunehmend organisierten Landarbeitern und einem stetig wachsenden informellen Sektor (1994: 60% der Beschäftigten)⁶² Bündnispartner zu erkennen, führten zu einer *de facto* Entmachtung des bolivianischen Dachverbandes der Gewerkschaften COB, einst führend im revolutionären Kampf gegen die Diktatur.⁶³

auch CONDEPA verloren mit dem unerwarteten Tod ihrer charismatischen Führer ebenfalls das von den Wählern gewünschte Profil. Banzer bot angesichts dieser Schlechtwetterlage die solidesten Aussichten auf eine risikolose Verwaltung des Staatsapparates im bisherigen Sinne.

⁵⁹Von Sartori eingeführte Kategorie zur Evaluierung des politischen Gewichts einer Partei in Mehrparteiensystemen. Mayorga, *Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation* 25/26 (1994): n10, 55.

⁶⁰Für genaue Angaben siehe Anhang.

⁶¹Goedeking, Ulrich. „Nach 19 Jahren wieder ganz oben.“ *Lateinamerika Nachrichten* 277/278 (Juli/ August 1997): 4-7.

⁶²Mayorga, *Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation*, 25/26 (1994): 40.

⁶³Eine Schattenseite des zur Eindämmung der Hyperinflation initiierten neoliberalistischen Stabilisierungskonzepts (Dekret 21.060, August 1985) war die Entlassung von mehr als 23.000 ArbeitInnen des staatlichen Bergbaus und mehr als 45.000 Beschäftigten der staatlichen und privaten Industrie, die eine grundlegende qualitative Veränderung des Arbeitsmarktes bedeutete. Dies hatte eine enorme Reduzierung (80%: Krempin, a.a.O.:55) der Gewerkschaftsmitgliedschaft, die sich hauptsächlich aus dem öffentlichen Sektor rekrutierte, zur Folge. Zwar bildeten sich auch innerhalb des rasant wachsenden informellen Sektors Interessengruppen, die dem COB beitraten,

Mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Blocks und der Krise Kubas sank nach der repräsentativen zudem die ideologische Legitimation. Für die Mehrheit der bolivianischen Arbeiter verkörpern die unverändert trotzkistisch, und stark zentralistisch-autoritär ausgerichteten Gewerkschaften nur noch das Überbleibsel eines unzeitgemäßen Machtsozialismus, der in Zeiten allgemeiner Demokratisierung keine Berechtigung mehr hat.

Als Antwort auf die anhaltende Krise entstand jedoch zumindest auf politischer Ebene eine innergewerkschaftliche Debatte, in der auch Ansätze zu einer Neuinterpretation der bolivianischen Gesellschaft lauter werden. Dazu zählen Forderungen nach einer Abkehr von einer rein klassenbezogenen Ideologie angesichts der Relevanz neuer gesellschaftlicher Akteure (Informeller Sektor, Frauen, Indigene), einer paritätischen Vertretung nichttraditioneller Sektoren in der Gewerkschaftsorganisation und der Aufgabe des traditionell-revolutionären Konfrontationskurses zugunsten eines demokratischen Sozialismus/ sozialdemokratischen Reformismus⁶⁴. Die Weiterentwicklung und Förderung konstruktiver Reformvorschläge von gewerkschaftlicher Seite scheint in diesen neuen, demokratisch gesinnten Führungssektoren nicht ausgeschlossen; gegenüber den fest in der gewerkschaftlichen Tradition verwurzelten revolutionären Strömungen können sie jedoch zu ihrer Selbstdarstellung weder auf eine Geschichte der Erfolge und Errungenschaften zurückverweisen, noch können sie auf große Kooperationsbereitschaft, geschweige denn Unterstützung einer größtenteils neoliberalistisch gesinnten Regierung zählen. Insbesondere letztere Bedingung verspricht unter der neu gewählten Regierung unter Banzer auf keinen Fall günstiger zu werden. Grundsätzlich wäre eine Verbreitung demokratischen Gedankengutes absolut notwendig, denn viele Sektoren der Bevölkerung sehen in den Gewerkschaften immer noch ihre einzige Interessenvertretung, bzw. werden allein von gewerkschaftlichen Sektoren dominiert.

5.4. *Comités cívicos - bürgerlich-städtische Interessenorganisationen*

Seit dem Machtverfall der großen Gewerkschaften stellen die Bürgerkomitees, *comités cívicos*, der Departmentshauptstädte das einflußreichste Organ der Volksbewegung dar. In der Regel handelt es sich bei ihnen um lokale Honoratiorenvereinigungen ohne demokratische Legitimation, die oft in der Hand einflußreicher Unternehmer liegen.⁶⁵ Zu bedenken ist bei ihrer Politik, daß sie die Vertretung ländlicher Interessen nicht miteinbezieht und diesen somit oft zuwider läuft. Die Forderungen der Bürgerkomitees sind meist stark an lokalen Machtinteressen orientiert und stehen somit im Unterschied zu den sozialistischen Gewerkschaften nicht für die Verwirklichung eines speziellen Gesellschaftskonzepts.

diese haben in den Organisationsstrukturen des Dachverbandes jedoch kaum Bedeutung. (Eróstequi T., Rodolfo. „Die bolivianischen Gewerkschaften: Krisen und Perspektiven“, Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg. *Bolivien. Traumland der Reformen?* Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation 31 (1996): 37f.

⁶⁴Für eine genauere Verfolgung der innergewerkschaftlichen Debatte siehe v.a. Ausschnitte aus den Dokumenten des VIII. (1989), X. (1995) und XI.(1996) COB Kongresses, in Eróstequi T. *Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation 31* (1996): 38-41.

⁶⁵Goedeking, *unveröffentlichtes Manuskript* (1997).

Von Seiten der *Comités Civicos* rührt der schärfste Protest gegen die dezentralisierenden Reformen, da sie - wohl berechtigterweise - einen Machtverlust ihrer partikularen Interessen befürchten. Ihre Einflußmöglichkeiten nach der Verwaltungsreform sind dabei sehr schwer zu bestimmen und hängen sowohl vom Gegengewicht der neu gegründeten bzw. anerkannten Basisorganisationen, den Kontrollmöglichkeiten der Überwachungskomitees, als auch von der Bereitschaft der Lokalregierungen ab, an klientelistischen Strukturen festzuhalten.

5.5. Militär

Spätestens seit dem Chaco - Krieg in den 30er Jahren wurde das Militär zu einem nicht zu unterschätzenden Faktor in der bolivianischen Politik.⁶⁶ Insgesamt dreißig der Präsidenten seit der Gründungszeit der Republik waren Militärs, selbst während zivilen Amtsperioden entschied sich viel in den Kasernen. Entscheidend für deren Aushalten ist weniger eine bestimmte Ausrichtung der Politik, als vielmehr das Fortbestehen ihrer Privilegien. Zwar haben die Streitkräfte seit Beginn der demokratischen Transition die Herrschaftsausübung durch zivile Machthaber nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Dies ist jedoch weitgehend dem Fortbestehen klientelistischer Beziehungsmuster zwischen zivilen Regierungsträgern und Militärs zu „verdanken“, sowie dem trotz massiver Kürzungen doch unangefochten großen Anteil des Militärhaushalts am Staatsbudget.⁶⁷ Die zumindest partielle Entideologisierung der politischen Kultur im Sinne einer Überwindung der alten konfrontativen Freund-Feind-Kategorien (Gewerkschaften gegen Militär), sowie der nationale wie internationale Ansehens- und Legitimitätsverlust militärischer Regime mit Ende des Kalten Krieges läßt auf das Ausbleiben einer Remilitarisierung des politischen Systems hoffen.

Auch weiterhin bietet das Kasernenleben jedoch einen idealen Nährboden für Putschisten, deren über Jahrzehnte hinweg trainierte Kampfbereitschaft auch in Zukunft einen wesentlichen Unsicherheitsfaktor in der Politik des Landes darstellt. Insbesondere die noch immer instabile Wirtschaftslage und der (von den USA geförderte) Einsatz der Armee im „Kokakrieg“, liefert ihr - zumindest vordergründig - eine systemunabhängige Existenzberechtigung, die leicht als Legitimation für einen erneuten Putsch im Namen der nationalen Sicherheit umgedeutet werden kann.⁶⁸

⁶⁶Der Chaco Krieg entstand aus einer völlig überzogenen Reaktion auf einen kleinen Grenzstreit mit Paraguay und endete für Bolivien mit einer katastrophalen Niederlage sowie dem völligen Glaubwürdigkeitsverlust der alten oligarchischen Eliten. Paradoxerweise wurden ausgerechnet die Militärs (die eigentlichen Verlierer in diesem Konflikt) in dieser Situation zu den Trägern einer neuen politischen Entwicklung. (Pampuch, Thomas, Augustín Echalar A. *Bolivien*. Beck'sche Reihe Länder 813, 2., Neubearb. Aufl., München, 1993: 53f.)

⁶⁷Das Militärbudget sank von 393 Mio. US\$ (1980) auf 133 Mio. US\$ (1990) (Birle, Lateinamerika. Analysen - Berichte - Dokumentation 31 (1996): 20) nimmt jedoch mit einem Anteil von 10% am Staatshaushalt immer noch den drittgrößten Haushaltsposten nach ein. (Pampuch, Echalar A., *Bolivien*, 1993: 126).

⁶⁸Birle, *Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation 31* (1996): 21f.

5.6. Unternehmertum

Die Mehrheit privater Unternehmer stellte in den Andenländern eine treibende Kraft im Redemokratisierungsprozeß dar. Nach dem unberechenbaren und selbstherrischen Wirtschaften der Militärs erhofften sie sich von einer politischen Liberalisierung vor allem mehr Transparenz und Kontinuität sowie größeren Einfluß auf wirtschaftspolitische Entscheidungen.⁶⁹

Trotz Professionalisierung und unter Beratung ausländischer Technokraten vollzogener Modernisierung der Interessenverbände und Lobbyingorganisationen setzte sich jedoch tendenziell auch nach der Redemokratisierung von 1982 ein exklusiver Politikstil der Exekutive bei makroökonomischen Entscheidungsprozessen fort. In der von klientelistischen Strukturen geprägten staatlichen Pfründewirtschaft erfolgt die Inkorporation dominanter „Klassen“-interessen noch immer primär über persönliche Seilschaften und nicht, wie von den Unternehmern erwünscht, über institutionalisierte Kanäle.⁷⁰ Eine solch individualisierte Interessenpolitik sichert jedoch keineswegs eine angemessene Repräsentation der sehr stark fragmentierten Kapitalinteressen. Sektorale und regionale Interessengegensätze verhindern ein einheitliches Auftreten der Unternehmerschaft, die sich zwar über grundsätzlich marktwirtschaftliche Züge der Gesellschaftsordnung einig ist, je nach Wirtschaftszweig (Export vs Import, Import vs. Imports substituierende Industrie) und Standortinteressen (La Paz vs. Santa Cruz) jedoch unterschiedliche Investitionsbedingungen, Handelsliberalisierung oder einen stärkeren Staatsinterventionismus fordert.

Frustriert von der geringen Responsivität der Exekutive, wählen Unternehmer für ihre Lobbying-Strategien zunehmend die Parteipolitik, eine Ebene, die bereits wegen der inhärenten Unvorhersagbarkeit und Unverbindlichkeit bezüglich späterer *policy-outcomes*, (ein wesentliches Charakteristikum demokratischer Wahlen), nicht befriedigend sein kann.⁷¹ Durch intensives Lobbying, Werbestrategien in den Medien, Parteispenden und Kampagnenfinanzierung haben professionelle *Consulting groups* (professionelle Beraterteams) von Unternehmensverbänden erfolgreich Einflußnahme auf die Wirtschaftsprogramme der Parteien ausgeübt.⁷² Der Unsicherheitsfaktor bleibt jedoch groß, denn das

⁶⁹ So bekam z.B. Hugo Banzer seine größte Unterstützung von privaten Unternehmern, aber deren Einbeziehung erfolgte dennoch nur über persönliche Kanäle, während Unternehmensverbände insgesamt als Institutionen außen vor blieben. Conaghan, Catherine M. „Capitalists, Technocrats, and Politicians: Economic Policy Making and Democracy in the Central Andes“. Mainwaring, Scott, Guillermo O'Donnell and J. Samuel Valenzuela. *Issues in Democratic Consolidation: The New South American Democracies in Comparative Perspective*. Indiana, 1992: 209.

⁷⁰ Zwar gibt es eine offizielle Interessenvertretung des wichtigsten Unternehmerverbandes CEPB in der Exekutive, jedoch ist sie bezüglich entgeltlicher Entscheidungsprozesse wenig einflußreich. Makroökonomische Entscheidungen sind in Bolivien auf die Person des Präsidenten und seinen engsten ökonomischen Beraterkreis im Kabinett konzentriert, welche eine Abschottungsstil bevorzugen. Entsprechend wurde z.B. das Dekret 21060 (Gesetzesgrundlage der von Paz Estenssoro eingeleiteten neoliberalistischen Umorientierung der Wirtschaftspolitik) von nur sechs ökonomischen Beratern (2 Unternehmer, 2 Ökonomen, 2 MNR Mitglieder) ausgehämmert, innerhalb von 24 Std im Kabinett durchgesetzt und dann als nicht verhandelbarer Entwurf präsentiert (Mainwaring, Scott, Guillermo O'Donnell and J. Samuel Valenzuela. *Issues in Democratic Consolidation*, 1992: 219).

⁷¹ Conaghan, *Issues in Democratic Consolidation*, 1992: 227.

⁷² Conaghan, *Issues in Democratic Consolidation*, 1992: 215f.

Argument der Staatsverschuldung und der Wirtschaftskrise, sowie enge Verbindungen zu ausländischem Kapital ermöglichen - bzw. *zwingen* - den bolivianischen Staat verschiedentlich sogar zu einem gewissen Grad zur Übergehung nationaler Kapitalinteressen.

Die (sehr stark subjektive) Erfahrung relativer politischer Machtlosigkeit und sektoraler Schwäche der privaten Unternehmerschaft ist nicht nicht zuletzt in deren *objektiv* privilegierten sozialen Position in einer von großen ökonomischen Ungleichheiten geprägten Gesellschaft angelegt, welche den Anspruch auf entsprechende *politische* Interessengewichtung - zumindest aus Sicht der Unternehmer - rechtfertigt.

In Hinblick auf eine weitere Unterstützung der Demokratie hängt viel davon ab, ob diese Staatsform auch in Zukunft als die beste Rahmenbedingung für kapitalistische Interessenverfolgung wahrgenommen wird. Im Falle einer zu stark empfundenen Marginalisierung unternehmenseigener Interessen werden zumindest Teile der in undemokratischen Methoden erfahrenen Unternehmerschaft schnell zur „Putschtreiberei“ (durch direktes Lobbying des Militärs oder indirekt durch Verweigerungsstrategien) bereit sein. Die politischen und ökonomischen Reformen der amtierenden Regierung, welche vor allem von Anhängern eines „aufgeklärten Neoliberalismus“ vom Typ Goni⁷³ vehement forciert werden, dürften jedoch hierzu keinen Anlaß bieten. Im Gegenteil entsprechen insbesondere die Reformen der Dezentralisierung und des Parteienwesens den Bedürfnissen der Unternehmerschaft nach Entbürokratisierung und mehr Transparenz. Zudem wurde mit dem Konzept der *Capitalización* ein Privatisierungskonzept gefunden, welches positive Effekte für das Investitionsklima und die Gesamtwirtschaft in Aussicht stellt. Auf Unverständnis dürfte dagegen die Ausrichtung ökonomischer Konzepte nach Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung, insbesondere die angestrebten Umverteilungseffekte, bei konservativeren Unternehmerkreisen stoßen. Auch die Reorientierung der kontinentalen Rolle Boliviens als innerkontinentaler Knotenpunkt, angegangen durch den Beitritt Boliviens zu Mercosur im Januar 1997 bei gleichzeitiger Mitgliedschaft im Andenpakt, gleichbedeutend mit dem weiteren Abbau protektionistischer Maßnahmen, kommt, zumindest kurzfristig, nur sektoralen Kapitalinteressen entgegen.⁷⁴

Insgesamt ist zu betonen, daß die Unternehmerschaft Demokratisierungsmaßnahmen als Möglichkeit einer Optimierung eigener Interessenpolitik, sowie als unvermeidliche Maßnahmen zur strukturellen Konsolidierung und gesellschaftlichen Verankerung des Marktwirtschaftsmodells unterstützt, durch diese (allerdings nicht unbedingt rein) funktionalistische Sichtweise jedoch auch größtenteils ein ambivalentes Verhältnis zum *Eigenwert* eines demokratischen Systems hat. Übertragen auf das *Ley de Participación*

⁷³Gonzalo Sánchez de Lozada steht mit einem angeschlossenen Philosophiestudium der Chicago University und als Teilhaber des zweitgrößten Konzerns Boliviens (COMISUR) für einen neuen Politikertypus des überwiegend im Ausland (meist in den USA) aufgewachsenen Technokraten, der, gemäß der Erkenntnis, daß wirtschaftlicher Fortschritt auch entsprechender komplementärer Anpassungen sozialer, politischer und ökologischer Art bedarf, eine Modernisierung der bolivianischen Gesellschaft anstrebt. Bereits als Planungsminister unter V.Paz Estenssoro für den Entwurf der ersten entscheidenden Kehrtwende des bolivianischen Wirtschaftsmodells verantwortlich, glänzt er nun mit der Initiierung dieser „Reformen der zweiten Generation“.

⁷⁴Petersen, *Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation 31* (1996): 60.

Popular heißt dies, daß die Reformen vom Grand der Unternehmerschaft in der Tat als eine Art „Post-Chiapas“- Gesetzeswerk zur Befriedung der neu erstarkten Volksbewegung gesehen werden. Eine *tatsächlicher* Machtgewinn bisher marginalisierter Bevölkerungsgruppen ist nicht im Sinne dieser Interpretation und könnte im Fall eines subjektiven Bedrohungspotentials durch die Linke sogar zu einem undemokratischen *backlash* aus konservativen Unternehmenskreisen führen. Angesichts der organisatorischen und ideologischen Schwäche der Linken und insbesondere der Gewerkschaften, ist eine solche Konstellation jedoch in naher Zukunft nicht zu erwarten.

5.7. Indigenistische⁷⁵ Bewegungen und Organisationen

Das Wiederaufleben der indigenen *Katarista* Bewegung, die sich namentlich auf die anti-kolonialen Widerstandskämpfe des 18. Jahrhunderts beruft⁷⁶, demonstrierte in den 70er Jahren den ungebrochenen Stolz der Aymara und Quechua Bevölkerung und das hohe Mobilisierungspotential ethnischer Bezüge. Die allgemeine Öffnung politischer Freiräume nach der demokratischen Wende 1982, die Vertretung indigener Anliegen durch Teile der katholischen Kirche, Nichtregierungsorganisationen und Umweltaktivisten, sowie die Aufnahme ethnischer Anliegen durch die (nach der „Deproletarisierung“ der bolivianischen Gesellschaft nach einer neuen ideologischen und sozialen Basis suchende) Linke, bewirkten allmählich auch ihre Aufnahme in den offiziellen politischen Diskurs⁷⁷. Die Wahl des Parteichefs der Aymara-Partei MRTKL, Víctor Hugo Cárdenas, zum Vizepräsidenten, die Verankerung des multiethnischen, plurikulturellen Charakters der bolivianischen Gesellschaft in der Verfassungsänderung von 1994, sowie nicht zuletzt die konzeptuelle Stärkung der ländlichen Gemeinschaften und indigenen Gemeinden im Rahmen des gegenwärtigen Reformprojekts zur Bürgerbeteiligung und der Bildungsreform sind deutliche Zeichen für einen tiefgreifenden Bewußtseinswandel gerade in der Partei, die zur Zeit der Nationalen Revolution auf eine völlige Assimilationspolitik (*Campesinoisierung*) der indigenen Bevölkerungsgruppen gesetzt hatte⁷⁸.

⁷⁵Der Begriff *Indigenismo* bezeichnet eine Ideologie, welche indigene Werte und traditionelle Gedankengut zur Quelle nationaler Identitätsfindung macht. Verfolgt werden indigene Interessen und politische sowie kulturelle Autonomie, i.a. nehmen diese Konzepte in Lateinamerika jedoch keine separatistische Ausmaße an.

⁷⁶Name knüpft an den letzten großen Indio Aufstand unter der Führung von Tupac Katari (1780-82): José Gabriel Condorcanqui, einer der angesehensten Kurakas (Adlige der indigenen Bevölkerung) in der Provinz Cusco, vereinte, nachdem Versuche, eine bessere Behandlung der Indios durchzusetzen gescheitert waren, Aymara und Quechua Völker zur letzten großen Rebellion. Nach viermonatiger Belagerung von Cusco vernichtend geschlagen und viergeteilt. Eine Legende des Hochlandes besagt, die Indianer hätten seinen Leib wieder zusammengesetzt. Finden sie den Kopf, so wird die Rebellion siegreich beendet werden. (Pampuch/ Echalar A. *Bolivien*, 1993: 39)

⁷⁷Die im Manifest der *culturas originarias* (indigenen Völker) formulierten Forderungen nach zweisprachiger Erziehung und Anerkennung der eigenständigen Kulturen gehören zu den Grundsatzprogrammen der andinen Bauernbewegung Movimiento Tupac Katari und der daraus hervorgegangenen Bauerngewerkschaft CSUTCB, die durch ihren Kampf für die Demokratie nach 1978 ins Bewußtsein der breiten Öffentlichkeit trat. Vertreten werden diese Forderungen auch vom Dachverband der Organisationen der Tieflandvölker CIDOP, mit Unterstützung der Bischöflichen Bildungskommission, Nichtregierungsorganisationen, Organisationen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit und UNICEF. (Ströbele-Gregor in *Lateinamerika Analysen, Daten, Dokumentation* 31 (1996): 64ff und Albó in *NACLA XXIX*. 5 (1996):19ff.

⁷⁸Zwar führte die Revolutionspartei MNR 1952 die volle Staatsbürgerschaft für die indigene Bevölkerung ein und ersetzte den durch die negativ belasteten Begriff des „*indios*“ durch die Bezeichnung „*campesino*“. Programmatisch verfolgte sie jedoch das in Lateinamerika zu dieser Zeit verbreitete Konzept der *mestizaje*, der vollständigen

Entsprangen einige der Maßnahmen rein taktischem Kalkül angesichts des Wahlkampfes der indigenistisch-populistischen Partei CONDEPA⁷⁹ und blieb die Ebene vieler Versprechungen symbolisch, so wurden doch einige bleibende Meilensteine gesetzt und kann das politische Gewicht der indigenen Bevölkerungsgruppen auch in Zukunft zumindest nicht geleugnet werden.

Die Umwandlung dieses latenten Potentials in politisches Kapital bleibt jedoch abzuwarten. Unterschiedliche Interessenlagen, sowie aus jahrhundertelanger historischer Erfahrung rührendes feindseliges Mißtrauen bis hin zum Rassismus verhindern eine starke gemeinsame Front der indigenen Völker.⁸⁰ War die demonstrative Solidaritätsbekundung der Aymara für den Protestmarsch der Tieflandvölker im Mai 1990 ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Solidarisierung, so bleibt die Gründung einer seit 1992 geplanten nationalen „*Asamblea de Nacionalidades*“ aufgrund interner Ränkekämpfe offen. Mißtrauen und Angst vor Machtverlusten prägen auch die Aufnahme der neuen Verwaltungs- und Bildungsreformen, die in vieler Hinsicht eigentlich den langjährigen Forderungen der *Campesino*- und *Indígena* Organisationen entgegenkommen. Vor allem die Aktivisten indigenistischer Bewegungen, allen voran die im andinen Hochland strukturbestimmende Landarbeitergewerkschaft CSUTCB⁸¹, sehen darin einen bloßen Versuch, die ländliche Bevölkerung für eine neoliberalistische Politik zu kooptieren. Kritisiert werden die Gesetze außerdem wegen einer befürchteten Stärkung des lokalen Einflusses der Parteien⁸², sowie der Diskrepanz zwischen neuen Aufgaben und Finanzmitteln. Widerstand bzw. Verweigerung ist dabei weniger inhaltlich als vielmehr im traditionellen Mißtrauen gegenüber der Regierung und den traditionellen Parteien begründet.

Völlig unterschiedliche Reaktionen sind dagegen an der Basis der ländlichen Gemeinschaften zu finden, wo die regionale Dominanz spezifischer Interessen und Organisationsstrukturen, sowie der jeweilige

Assimilation der indigenen Völker an die zivilisatorisch fortschrittlich angenommene Kultur der *Criollo*-Minderheit. Ströbele-Gregor in *Lateinamerika Analysen und Berichte* 16 (1993): 96f.

⁷⁹CONDEPA: korporativistische Partei caudillistischen Zuschnitts, deren populistische Rhetorik stark mit ethnischen Bezügen durchsetzt ist und dadurch großen Erfolg in der städtischen Aymara Bevölkerung erzielt hat. Bei den Versuchen zur Gründung indigenistischer Parteien handelte es sich in der Vergangenheit in der Regel um „Kopfgeburt“, denen die ausreichende soziale Basis fehlte. Selbst der gemäßigte Flügel der im gewerkschaftlichen Umfeld entstandenen „*katarismo*“ Bewegung (Partei des Vizepräsidenten Cárdenas) konnte sich - wie in den letzten Kommunalwahlen bestätigt, in der Parteipolitik nicht etablieren. „Schuld“ tragen nicht zuletzt populistische Parteien (wie z.B. CONDEPA), die indigenistische Forderungen geschickt adaptieren.

⁸⁰Zu den sozioökonomisch und kulturell bedingten Interessenunterschieden, gesellt sich ein Überlegenheitsgefühl der *aymara* und *quechua*-sprachigen Bevölkerung gegenüber den als weniger zivilisiert und rückständig erachteten Tieflandvölkern. Gegenseitiges Mißtrauen und Ethnozentrismus bestimmen den alltäglichen Umgang zwischen andinen Kolonisatoren im Tiefland und der ansässigen Bevölkerung, aber auch das Zusammenleben städtischer MigrantInnen (sog. *cholos/-as*) unterschiedlicher Herkunft, sowie das Verhältnis der letzteren zur ländlichen Bevölkerung. Ströbele Gregor in *Lateinamerika Analysen und Berichte* 16 (1993): 96 ff.

⁸¹Die Bauerngewerkschaft CSUTCB, 1979 aus der andinen Bewegung *Movimiento Tupac Katari* entstanden versteht sich aus ihrer historischen Rolle im Kampf gegen die Diktatur heraus als Gegenpol zum bolivianischen Staat. Auch seit der Redemokratisierung fährt sie einen grundsätzlichen Konfrontationskurs zur Regierung. Entscheidend für diese Position ist auch der Einfluß der gegen die Drogenpolitik der us-amerikanischen und bolivianischen Regierung kämpfenden Koka-Bauern, des mobilisiertesten und radikalsten Sektors der CSUTCB. Die Organisation der Tieflandvölker, CIDOP, formierte sich dagegen erst in Zeiten politischer Liberalisierung und ist weitaus pragmatischer, und damit kooperativer, orientiert. (Albo in *NACLA* XXIX. 5 (1996): 18).

⁸²Die Basis und Kontrollgremien sind reine Interessenvertretungen ohne entgeltliche Entscheidungsbefugnis und können sich nicht an Kommunalwahlen beteiligen. Für ihre Interessendurchsetzung sind sie also auch weiterhin auf die Unterstützung der Parteien angewiesen.

Organisations- und Mobilisierungsgrad entscheidend für die Aufnahme oder Ablehnung der Reformmaßnahmen gewesen sein dürfte. Entsprechend vielfältig ist das Ergebnis in den verschiedenen Gemeinden: Bis Februar 1996 verfügten über 10.000 soziale Organisationen über den Status von juristischen Personen, in 192 von 311 Gemeinden existierten *Comités de Vigilancia*.⁸³ Während die Organisationen des Tieflandes zum großen Teil erfolgreich mit der LPP arbeiten, die Bevölkerung zur Wahrnehmung ihrer Rechte und Aufgaben schulen und sogar durch Verhandlungen mit der Regierung das Gesetz modifizieren konnten (z.B. Zulassung traditioneller Repräsentanten und Organisationen zu den Gemeindewahlen, Neuordnung der Gemeindegrenzen, Mitsprache bei der Verwendung von Naturressourcen, etc.), sehen sich auch zunehmend die Hochburgen der CSUTCB im Hochland gezwungen, auf Druck der Basis hin einen pragmatischeren Umgang mit den neuen Regelungen zu verfolgen⁸⁴. Im ganzen Land stieg der Anteil an indigenen Kandidaten für lokale Posten beträchtlich. Dem steht allerdings ein tatsächlicher Abstieg in der Zahl gewählter indigener Postenträger gegenüber. Strukturelle Hindernisse, wie große Entfernungen zu Wahllokalen und bürokratische Hürden, sowie die verfassungsrechtlich verankerte Bestimmung, daß Kandidaten auf der Liste einer akkreditierten Partei anzutreten haben, reduzierten letztendlich die Erfolgsmöglichkeiten der meist parteilosen Kandidaten der lokalen Basisorganisationen.⁸⁵

Die Kooptierungsfurcht der indigenistischen Organisationen ist denn auch nicht ganz unbegründet: in einigen *Municipios* nutzten örtliche Partei-„*Caudillos*“ ihre Seilschaften zur Verfestigung klientelistischer Beziehungen zu Basisorganisationen und zur Verfolgung partikularer Interessen.⁸⁶

Ob die ländlichen Gemeinden und indigenen Gemeinschaften dennoch gestärkt aus dem Reformprozeß hervorgehen, hängt nun vor allem davon ab, ob ihr ethnisches und politisches Bewußtsein stark genug ist, um ihr bewiesenes Organisations- und Mobilisationspotential nun auch in konkrete politische Konzepte und Forderungen im Sinne indigenistischer Interessen umzuleiten.

6. Indigene ländliche Bevölkerung

6.1. Traditionelle Organisationsstrukturen: Das ayllu⁸⁷

Trotz erheblicher Modifikationen und teils gewaltsamer Zerstörungs- oder Integrationsversuche seitens der jeweiligen herrschenden Gesellschaftssysteme, bestehen grundlegende vorinkaische Organisationsstrukturen in einigen Regionen Boliviens noch immer als prägende Formen ländlichen Lebens fort. Wichtigste soziale Einheit in den andinen Regionen ist das *ayllu*, eine sozioökonomische

⁸³Mercado, *Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation 31* (1996): 48.

⁸⁴Ströbele-Gregor, Juliana. „Boliviens Gesetz zur „Volksbeteiligung“. Indianische Organisationen bewerten die Reform unterschiedlich. *Progrum 191* (Oktober/November 1996): 20/21.

⁸⁵Albo. *NACLA XXIX. 5* (1996): 20.

⁸⁶Albó, *NACLA XXIX. 5* (1996).

⁸⁷Zur Struktur eines *ayllu* siehe auch Schaubild im Anhang.

und kulturelle Organisationsform, die sich über verwandschaftliche und fiktiv-verwandschaftliche Beziehungen definiert, sowie über kollektive Landverfügungsrechte. Die zu einem *ayllu* gehörigen Territorien sind dabei nach dem Prinzip der vertikalen ökologischen Integration über verschiedene klimatische Zonen und Höhenstufen verteilt. Durch diese Nutzung diverser Mikrozonon soll eine möglichst weitreichende Diversifizierung der Subsistenzproduktion, sowie das Risiko von Mißernten verringert werden. Individuelle Landnutzungsrechte (für einzelne Familien) existieren dabei ebenso wie kollektiver Landbesitz, sowie Ländereien, die von den Mitgliedern eines *ayllus* gemeinsam für ihre „Verwalter“ bestellt werden.⁸⁸

Die Organisations- und Verwaltungsstrukturen eines *ayllu* sind hierarchisch aufgebaut, gleichzeitig zeigen sie jedoch hohe Flexibilität. Die oberste Autorität hat in der ursprünglichen Version ein *kuraka* inne, eine Funktion, die heute nur noch selten existiert. Seine Rolle übernehmen heutzutage zunehmend die unterhalb dieser Verwaltungsebene liegenden Autoritäten, welche für die politisch-rechtliche Verwaltung des Territoriums, die Abstimmung des Rotationszyklus der Landwirtschaft, die Zuteilung- und Umverteilung der Landparzellen, sowie rituelle Aufgaben zuständig sind. Außerdem tragen sie die Verantwortung für die Beziehungen des *ayllus* zu externen Personen, insbesondere dem Staat.

Die inneren Angelegenheiten werden von vielschichtigen Administrationsebenen geregelt, von denen eine jede wiederum mindestens zwei Verwaltungseinheiten einer darunter liegenden Ebene koordiniert. Über diese hierarchische Anordnung der Verwaltungsebenen lagert sich vielfach noch die auf mythischen Ursprung zurückgehende duale Organisation in *sayas* oder *suyus* (Hälften). Zusätzlich besteht eine horizontale Vernetzung der verschiedenen Einheiten durch rituelle Zusammentreffen, reziproke Austauschsysteme (von Produkten und Arbeitskraft), sowie Landnutzungsrechte im Bereich der übrigen *sayas*, das heißt auf dem Land paralleler Einheiten.

Das interne Organisationsverfahren kann durchaus als eine kulturspezifische Form direkter Basisdemokratie verstanden werden, die jedoch in vieler Hinsicht auch sehr autoritäre Züge trägt. Die Leiter einer Verwaltungseinheit werden durch ihre Zugeordneten gewählt (wobei nur Männer wahlberechtigt sind), wobei Konsensprinzip und ein obligatorisches Rotationsverfahren zu einem komplizierten Wahlsystem verknüpft sind. Auf diesem Wege hat jede Familie die Möglichkeit, nacheinander alle Ämter bis zur höchsten ihr zustehenden Ebene, zu durchlaufen. Anspruch auf Verwaltungsposten oder Ländereien erwachsen sowohl aus sozialen Kriterien als auch aus früheren Verdiensten zum Wohle der Gemeinschaft, sind aber stets auch mit höheren finanziellen und sozialen Pflichten verbunden. Die Ernennung eines Angehörigen auf einen in der sozialen Ordnung höher stehenden Posten kann so zur Verarmung einer ganzen Familie führen, was aber durch den parallelen Zuwachs an sozialem Prestige wieder ausgeglichen wird. Auch nach ihrer Wahl sind Amtsträger jedoch

⁸⁸Cusicanqui, Silvia Rivera y equipo THOA. *Ayllus y Proyectos de desarrollo en el norte de Potosí*. La Paz, 1992: 91-93 und 153-162.

der ständigen Evaluierung ihrer Leistungen ausgesetzt, d.h., sie müssen ihren Status quasi durch gesellschaftliche Dienste (z.B. Ausrichtung von Festen) immer wieder unter Beweis stellen.⁸⁹

Dieses komplizierte Organisations- und Regelwerk beruht zwar auf alten, in religiösen Vorstellungen wurzelnden Traditionen, ist aber keineswegs ein Ausdruck von folkloristischer Lebensweise, sondern vielmehr eine optimal an die spezifischen ökologischen und sozialen Bedingungen angepasste Form des Zusammenlebens, die eine weitgehend eigenständige Versorgung ihrer Mitglieder ermöglicht. Bester Beweis für ihr „Funktionieren“ ist ihre Lebensfähigkeit auch nach Phasen extremer kultureller Repression.

6.2. Einbindung in Organisationsstrukturen der Zivilgesellschaft

Die traditionellen Organisationsstrukturen der *ayllus* liefen bisher weitgehend parallel zur staatlichen Verwaltung. Administrativ waren die ländlichen Regionen den jeweiligen Departmentshauptstädten zugeordnet, an den Wahlen zum Departementsrat wurden sie jedoch nicht beteiligt⁹⁰. Die weitgehende Autonomie der dörflichen Gemeinschaften wurde zwar durch ihre zunehmende Marktintegration und insbesondere durch Arbeitsmigration in die umliegende Dörfer und Departmentshauptstädte eingeschränkt, im weiteren Sinne kann diese Entstehung neuer Existenz- und Reproduktionsformen jedoch auch innerhalb der andinen Logik der vertikalen ökologischen Integration (Diversifizierungs- bzw. Ergänzungswirtschaft) als Anpassung an neue Rahmenbedingungen interpretiert werden. Durch die Einwirkung externer, vom *ayllu* nicht zu kontrollierender Einflüsse (Marktmechanismen) gerät die ursprüngliche sozioökonomische und ökologische Dynamik jedoch zunehmend aus dem Gleichgewicht. Ähnlich konflikttragend waren die Versuche verschiedener Nichtregierungs-Organisationen und der Gewerkschaften, *ayllu* Gemeinschaften in ihre Organisationsstrukturen einzubinden und für ihre Zwecke zu gewinnen. Insbesondere das Verhältnis zu den letzteren ist durch Vorurteile und tiefes Mißtrauen (noch aus der Zeit des Militär-Bauern-Pakts⁹¹) geprägt. Die Unkenntnis der *ayllu*-Hierarchien und Funktionen, sowie die Ignoranz des Ämter-Rotationsverfahrens (das „westlichen“ Demokratievorstellungen von einer Professionalisierung der politischen Aktivisten gegenübersteht) führen oft zur Verzerrung und Überlagerung interner und externer Organisationsstrukturen und letztendlich zum Legitimationsverlust alter Autoritäten. Dazu gesellt sich Verwirrung angesichts der Überschneidung von Kompetenzen, so der Position der Gewerkschaftsfunktionäre als Vermittler gegenüber dem Staat - eine Rolle, die in den Aufgabenbereich der *Kurakas* fällt. Insbesondere unterschiedliche Vorstellungen von Autorität sorgen für interne *ayllu*-Konflikte. Sieht der Brauch ältere,

⁸⁹Cusicanqui, *Ayllus y Proyectos de desarrollo en el norte de Potosí*, 1992: 102-122.

⁹⁰GTZ: *Participación Popular*, 1995: 3.

⁹¹Ebtscheidendes Rückrat der Regierung des Generals Barrientos wurde der „Militär-Bauern-Pakt“, der die Streitkräfte zum „natürlichen Bündnispartner der Bauern“ erklärte und die Landbevölkerung durch freigebige Geschenke und Patronage an die regierende MNR band. Vor dem Hintergrund einer Zeit massiver Repressionen gegen die Minenarbeiter, hinterließ dieser Pakt tiefe Wunden in der Beziehung zwischen *campesinos* und *mineros*. Pampuch/ Echalar A. *Bolivien*, 1993: 66.

verheiratete (=vollständige!) Personen als Verantwortungs- und Würdenträger vor, bieten sich in den Gewerkschaften für alleinstehende junge Männer die attraktivsten Posten. Insgesamt entgleitet die Besetzung von Ämtern durch die schwindende Transparenz der Auswahlmechanismen so der sozialen Kontrolle durch die *ayllu*-Mitglieder und wird korruptionsanfällig. Dies alles führt dazu, daß sich *ayllus* und Gewerkschaften gegenseitig „Manipulierbarkeit durch den Staat“ und „autoritäre Strukturen“ vorwerfen und das Verhältnis insgesamt von Mißtrauen geprägt ist.⁹² Dennoch haben insbesondere die Landarbeitergewerkschaften im Hochland eine ausgesprochen starke Stellung.

Ähnliche Kompetenzverschiebungen und damit einhergehende Legitimitätsverluste sind durch die Einbindung der *ayllus* in das Konzept der *Participación Popular* zu befürchten. Ob die Wahrnehmung der an sie übertragenen Rechte und Kompetenzen in der von der Regierung konzipierten Form mit den traditionellen Funktionen und Strukturen vereinbar ist, darf stark angezweifelt werden. Unkenntnis der *ayllu* Grenzen und Hierarchien und unterschiedliche Konzepte von Demokratie und Autorität können zu internen Konflikten und Legitimationskrisen der *ayllus* führen, ihre Dynamik stören und ihre Abhängigkeit von klientelistischen Strukturen fördern, letzteres fast unausweichlich bei einer Integration (im Sinne einer Einverleibung) in die herrschende politische Kultur. Ignoranz und Paternalismus prägen dabei nicht nur das Verhältnis zu staatlichen Strukturen und Gewerkschaften, sondern auch das Auftreten vieler Nichtregierungsorganisationen, die sich in enthusiastischem Reformeifer auf eine Beraterrolle schwingen. Dabei handeln nicht alle von ihnen aus purem programmatischen Interesse, unter ihnen befinden sich auch viele Opportunisten, die auf der Suche nach internationalen Geldern eine Machtposition erlangt haben, die oftmals über ihre erklärten Entwicklungsvorhaben deutlich hinausgeht.⁹³

Positiv zu bewerten ist jedoch auf alle Fälle, daß indigene Gemeinschaftsstrukturen nicht mehr als folkloristische Überbleibsel einer überholten Vergangenheit abgetan, sondern erstmals als sozioökonomisch funktionsfähige Organisationsformen des Zusammenlebens anerkannt werden. Kulturalistische Einschätzungen sollten zudem vermieden werden. Kulturen sind stets im Wandel und in permanenter Interaktion mit exogenen Einflüssen, insbesondere anderen Kulturen. Maßstäblich sollte somit weniger die bedingungslose Bewahrung existierender Organisationsformen als vielmehr der ausreichende politische Handlungsfreiraum und das Vorhandensein von Alternativen einer selbstbestimmten Entwicklung sein. Zu messen, sind diese Kriterien allerdings sehr schwer.

⁹²Ströbele-Gregor, *Lateinamerika, Analysen und Berichte 18* (1994): 114f; 121-125.

⁹³„Projekt machen“ ist in vielen lateinamerikanischen Ländern zu einer neuen Berufsfindungsstrategie arbeitsloser Sozialwissenschaftler oder Techniker geworden, die durch die Kürzungen im öffentlichen Staatshaushalt ihren Arbeitsplatz verloren. Auch gerade „Überzeugungs-NROlerInnen“ tragen jedoch nicht nur zu den positiven Seiten der NROisierung Boliviens bei. vgl. Ströbele-Gregor, *Lateinamerika, Analysen und Berichte 18* (1994): 123-128..

7. Fazit: Bewertung der Participación Popular und der Chancen für eine Fortführung bzw. Vertiefung des Demokratisierungsprozesses

Legt man die eingangs zugrunde gelegte Typologisierung von zwei Demokratisierungsphasen, einer formellen und einer substanziellen zugrunde, so kann für den bolivianischen Transitionsprozeß die Phase der Liberalisierung als nahezu abgeschlossen betrachtet werden. Seit 1982 fand eine stetige Stabilisierung der demokratischen Institutionen statt, die zumindest in nächster Zukunft als nicht akut gefährdet gelten können. Zu erklären ist dies jedoch weniger mit einem gefestigten positiven Demokratieverständnis (hierfür fehlt jegliche historische Erfahrung einer längeren demokratischen Phase als möglicher Anknüpfungspunkt für eine kollektive Erinnerung). Vielmehr ist das Einlenken der wichtigsten politischen Akteure auf gewisse demokratische Spielregeln als eine pragmatische Entscheidung für ein möglichst reibungsfreies Funktionieren des politischen Systems zu werten, das sich nach Ende des Kalten Krieges und in einer Zeit entwicklungspolitischer Konditionalitäten neuen externen und internen Bedingungen zu stellen hat.

Die Überwindung des dualen Freund-Feind-Denkens auf globaler Ebene fand ihre Entsprechung im Bedeutungsverlust der beiden stärksten bolivianischen Antagonenten, des Militärs (Zumindest offiziell eingeschränkt in seiner Kompetenz seit der Machtübergabe an zivile Machthaber 1982) und des Gewerkschaftsdachverbandes COB (Bedeutungsverlust begründet in grundlegenden Veränderungen der Beschäftigungsstruktur und der internen ideologischen Krise), eine Entwicklung, die eine gewaltfreie Konfliktaustragung greifbarer machte und insgesamt zu einer Aufwertung der politischen Parteien führte. Diese Entwicklung entspricht der These des SKOG-Modells, welche politischen Wandel (und Demokratisierung als eine Ausrichtung seiner mögliche Ausformungen), als nicht vorhersagbares Ergebnis von Veränderungen im politischen Kräftegleichgewicht begreift. In Bolivien ist Demokratie bisher tatsächlich noch, um mit Barrington Moore u.a. zu sprechen, ein „product of class alliances and pragmatic choices.“⁹⁴

Die allgemeine Entideologisierung hinterließ die Parteien allerdings auch in einem Legitimationsloch, das diese nicht durch neue Ideale und Konzepte zu füllen verstanden. Der Imageverlust der Parteien und des Parlaments ⁹⁵ sowie der Erfolg populistischer Parteien caudillistischen und patrimonialistischen Zuschnitts, sind Ausdruck einer steigenden Frustration angesichts der Tatsache, daß das Recht auf Wahlen angesichts der Priorität klientelistischer Beziehungen und skrupelloser persönlicher Interessenpolitik an Bedeutung verliert. Die geringe Repräsentativität der Parteien und deren Gleichgültigkeit und Handlungsunfähigkeit bezüglich der akuten sozialen Probleme der Bevölkerungsmehrheit verleitet dieser Politik zusätzlich oligarchische Züge. So sind die Kosten des insgesamt positiv zu vermerkenden gesamtwirtschaftlichen Aufschwungs nicht nur eine prekäre

⁹⁴Conaghan, *Issues in Democratic Consolidation*, Indiana, 1992: 234.

Außenabhängigkeit, sondern auch vor allem Massenarbeitslosigkeit, wachsende soziale Ungleichheiten und die Verelendung und Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten.

Das Experiment einer Koppelung von wirtschaftlicher *Capitalización* und politischer Demokratisierung scheint der bolivianischen Version des Neoliberalismus ein menschliches Gesicht zu geben und einen umfassenderen Transformationsprozeß im Sinne einer demokratischeren Gesellschaftsordnung einzuleiten. Während sich jedoch hinter der Stabilisierungspolitik der bolivianischen Regierung die Parteienlandschaft vom linken bis zum rechten Spektrum zu einem mehr oder weniger resignierten realpolitischen Konsens zusammenfand, bleibt paradoxerweise das von sozialdemokratischen Ideen geprägte Programm zur Bürgerbeteiligung gerade auch in progressiven Kreisen heiß umstritten. Verglichen mit der bisherigen extrem zentralistisch gelenkten Staatsführung bedeutet das Konzept der *Participación Popular* einen gewaltigen Schritt in Richtung lokaler Selbstbestimmung. Die rechtliche Anerkennung der zivilgesellschaftlichen Basisorganisationen als Entscheidungs- und Aktionsträger im politischen Prozeß in Kombination mit der Stärkung kommunaler Verwaltungsorganisationen erscheint vielversprechend, birgt jedoch auch tatsächlich die Gefahr der Kooptation und der Fraktionalisierung sektoraler Organe der Zivilbevölkerung.

Insbesondere für viele ländliche Gemeinden bedeutet dabei ihre Anerkennung als juristische Personen quasi ihre erstmalige Registrierung seitens des Staates. Das Ende ihres Daseins als „weiße Flecke“ auf der Landkarte macht sie überhaupt erst einmal zu potentiellen Empfängern zentralstaatlicher Mittel und Dienste, unterwirft sie andererseits aber auch allen weiteren Dimensionen staatlicher Präsenz. Die Verteilung der staatlichen Gelder zwischen der urbanen Achse La Paz, Cochabamba und La Cruz und dem ländlichen „Hinterland“ wird so zweifellos gerechter, wenn auch nicht gerecht.

Für eine Partizipation an lokalpolitischen Entscheidungen im Sinne der *Participación Popular* fehlen in vielen ländlichen Gebieten bisher noch die Voraussetzungen, denn es gibt kaum Kompetenz und Entscheidungsinstanzen, die mit den staatlichen verzahnt sind. Doch auch in den Städten wird das Problem der Repräsentation nicht so schnell und rein zu lösen sein. Klientelismus und autoritäre Strukturen

Dennoch: die Erfahrungen der 80er Jahre haben zur Ablösung vom Staat als idem ideellen Garanten sozialer Fürsorge geführt. Jenseits staatlicher Strukturen sind ein neues Selbstbewußtsein und eine neue Handlungsfähigkeit zu beobachten, die in einen neuen Boom lokaler Initiativen und Strategien zur Lösung akuter sozialer Probleme gemündet haben. Zumindest kann man hoffen, daß kommunale Aufgaben, die der Zentralstaat zuvor nur auf dem Papier wahrgenommen hat, so endlich angegangen werden. Berücksichtigt man allerdings, daß es seit ehedem lokale Nachbarschaftsinitiativen und Nichtregierungsorganisationen waren, welche die Untätigkeit des Staates kompensiert haben, erscheint hieran nur noch die Zuwendung staatlicher Steuereinnahmen grundsätzlich neu.⁹⁶

⁹⁵siehe Meinungsumfragen in Birle, *Lateinamerika. Analysen - Berichte - Dokumentaion* 31 (1996): 20.

⁹⁶Ströbele-Gregor, *Lateinamerika, Analysen und Berichte* 18 (1994):106ff.

Entscheidend für eine Einschätzung der Reichweite und Tragfähigkeit der *Participación Popular* ist die Tatsache, daß sie „von oben kommt“. Zwar reagierte der bolivianische Staat hiermit auf ein Anwachsen der Basisorganisationen, also auf erstarkenden Druck von unten. Es handelt sich jedoch trotzdem insgesamt um ein an amerikanisch-europäischen Vorlagen orientiertes, von Teilen der Zentralregierung ausgefeiltes und initiiertes Projekt, daß im Konfliktfall auch gegen den Willen großer Bevölkerungsgruppen durchgesetzt werden soll. Die Regierung scheut dabei für die Durchsetzung der Demokratie von oben auch nicht die Anwendung undemokratischer Mittel (s. Ausnahmezustand) gegen unerwünschte Formen der Partizipation von unten. Dennoch waren die befürwortenden Teile der Regierungskoalition wie sich bei den letzten Wahlen zeigte, nicht stark genug, ihre Linie gegen den Widerstand nicht zuletzt in ihren eigenen Reihen durchzusetzen. Auch Teile der Gewerkschaften gehen bisher noch auf kompromißlosen Konfrontationskurs. Allerdings gibt es in keiner der konfliktfähigen oder strategischen Gruppen eine einheitliche Oppositionsfront. So ist ein gewaltsames Zurückdrehen der Reformen selbst unter der Amtszeit des nun gewählten Präsidenten Hugo Banzer Suarez und seiner korporatistischen ADN nicht zu erwarten, eher ein „Ausbluten lassen“ durch Einstellung der aufgewandten Gelder - ein wunder Punkt des Reformprojekts, denn gerade, wenn Bevölkerungsgruppen ihre hohen Erwartungen an die Reformen enttäuscht sehen, werden sie schnell zu dem Ergebnis kommen, daß klientelistische Bindungen zumindest kurzfristig besser zur Linderung der wirtschaftlichen Not beitragen, als -zwangsläufig- schleppend vorangehende Reformen. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden somit praktisch zur Zwangsjacke der *Participación Popular*.

Letztendlich werden wohl jeweils die spezifischen Kräftegleichgewicht vor Ort bestimmen, ob die Strukturen der Zivilgesellschaft stark genug sind, um ein Gegengewicht zu der etablierten Machteliten darzustellen und ihre Forderungen vorzubringen. Grund zur Hoffnung gibt, daß durch die Diskussion um die Reformen ein sich durch alle Bevölkerungsgruppen hindurch ziehender Diskurs über neue Politikstile und Möglichkeiten einer stärkeren Einbeziehung der Basisbevölkerung in Gang gekommen ist. Dies gilt ebenso für die zentralistisch orientierten Gewerkschaften wie für die patrimonialistisch ausgerichteten Parteien. Verknüpft mit einem gleichzeitig stattfindenden Mobilisierungs- und Bewußtseinsbildungsprozeß der Basis und den auf lange Sicht zu erwartenden Früchten der Bildungsreform könnte dies sehr wohl zu einem sich verselbständigenden Demokratisierungsprozeß mit Trägern der Zivilgesellschaft führen.

Hoffnung macht die These Reis (1988) bezüglich der wechselseitigen Responsivität der politischen Kultur von Basis und Parteien: „the nature and beliefs of the electorate affect what kinds of countries are viable. This is one of the many ways in which the belief of the masses affect the functioning of democracy.“⁹⁷.

Der politischen Liberalisierung „von oben“ scheint in der Tat in kleinen Schritten ein weiteres Aufbrechen undemokratischer Strukturen „von unten“ zu folgen - und eine Wiederaufnahme der

⁹⁷Mainwaring in *Issues in Democratic Consolidation*, 1992: 304.

Reformbestrebungen auf staatlicher Ebene nach den nächsten Wahlen im Jahr 2002 wahrscheinlicher zu machen.

8. Literaturverzeichnis

Theorie

Gills, Barry and Joel Rocamora, „Low Intensity Democracy“, *Third World Quarterly*, 13. 3 (1992): 501-523.

Hippler, Jochen. „Die Demokratisierung der Dritten Welt nach dem Ende des Kalten Krieges“, in: ders., *Demokratisierung der Machtlosigkeit*, Hamburg, 1994: 11-45.

Huntington, Samuel P. „How Countries Democratize“, *Political Science Quarterly*, 106 (1991): 579-616.

Mainwaring, Scott, „Transitions to Democracy and Democratic consolidation: Theoretical and Comparative Issues“, in: Mainwaring, Scott, Guillermo O'Donnell and J. Samuel Valenzuela. *Issues in Democratic Consolidation: The New South American Democracies in Comparative Perspective*, Indiana, 1992: 294-335.

Mansilla, H.C. Felipe. „Demokratie zwischen Tradition und Modernität.“ in Thesing, Josef (Hrsg.). *Politische Kultur in Lateinamerika*. Mainz, 1994: 137-149.

Mick Moore. Introduction in *ids bulletin*, 24.1 (1993). Good Governance?

O'Donnell, Guillermo, „Transitions, Continuities and Paradoxes“, in: Mainwaring, Scott, Guillermo O'Donnell and J. Samuel Valenzuela. *Issues in Democratic Consolidation: The New South American Democracies in Comparative Perspective*, Indiana, 1992: 17-56.

O'Donnell, Guillermo, „Delegative Democracy“, *Journal of Democracy*, 5.1 (1994): 55-69.

Przeworski, Adam, Michael Alvarez, José Antonio Cheibub und Fernando Limongi. „What makes democracy endure?“, *Journal of Democracy*, 7.1 (1996): 39-55.

Schubert, Gunter, Rainer Tetzlaff und Werner Vennewald (Hrsg.), *Demokratisierung und politischer Wandel. Theorie und Anwendung des Konzepts der strategischen und konfliktfähigen Gruppen*. Hamburg, 1994.

Tetzlaff, Rainer. Einführung in: Schubert, Gunter, Rainer Tetzlaff und Werner Vennewald (Hrsg.), *Demokratisierung und politischer Wandel. Theorie und Anwendung des Konzepts der strategischen und konfliktfähigen Gruppen*. Hamburg, 1994: 1-56.

Tetzlaff, Rainer, „Die blaue Blume der Demokratie. Thesen zur Übertragbarkeit eines westlichen Modells“, *Der Überblick*, 33.3 (1992): 11-14.

Bolivien

Monographien

CEDIB. *Participacion Popular. Ley Y Comentarios.* Serie Dossier, Recopilación Hemero-bibliográfico, Cochabamba, no.2 (Junio 1994).

Cusicanqui, Silvia Rivera y equipo THOA. *Ayllus y Proyectos de desarrollo en el norte de Potosí.* La Paz, 1992.

Larson, Brooke, Olivia Harris (eds). *Ethnicity, Markets and Migration in the Andes. At the Crossroads of History and Anthropology.* Duke Universita Press, Durham, 1995.

Pampuch, Thomas, Augustín Echalar A. *Bolivien.* Beck'sche Reihe Länder 813, 2., neubearb. Aufl., München:1993.

GTZ. *Participación Popular. Neue Chancen für die Entwicklungszusammenarbeit mit Bolivien.* 18S. Strategiepapier mit Anlage, November 1995.

Aufsätze und Zeitschriftenartikel

Albó, Xavier. „Making the leap from local mobilization to national politics? Report on indigenous movements“. *NACLA Report On The Americas Vol XXIX, No.5 (March/April 1996):15-20.*

Birle, Peter. „Interne und externe Rahmenbedingungen der bolivianischen Reformpolitik“, Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg. *Bolivien. Traumland der Reformen? Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation 31 (1996): 15-26.*

„Blutige Zusammenstöße in Goldminen“. übernommen aus *BOLIVIA sago Informationsblatt 115*, in *Lateinamerika Nachrichten 272 (Feb 1997): 37-40.*

„Bolivien. Statistische Daten“ in *aktuell 4/97: 15/16.*

Conaghan, Catherine M. „Capitalists, Technocrats, and Politicians: Economic Policy Making and Democracy in the Central Andes“, Mainwaring, Scott, Guillermo O'Donnell and J. Samuel Valenzuela. *Issues in Democratic Consolidation: The New South American Democracies in Comparative Perspective*, Indiana, 1992: 199-242.

„Das neue politische Szenarium“. *BOLIVIA sago Informationsblatt 102 (Juli-Sept 1993).*

„Der Kampf um das neue Agrargesetz, die 'Ley INRA'“, *BOLIVIA sago Informationsblatt 114 (Aug - Okt 1996).*

„Dezentralisierung Boliviens in Kraft“ *BOLIVIA sago Informationsblatt 112 (Feb - Mai 1996)*

„Die Ley de Participación Popular zwei Jahre nach ihrer Einführung“ *BOLIVIA sago Informationsblatt* 113 (Jun-Jul 1996).

Eróstegui T., Rodolfo. „Die bolivianischen Gewerkschaften: Krisen und Perspektiven“, Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg. *Bolivien. Traumland der Reformen?* Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation 31, (1996): 37-42.

Goedeking, Ulrich. „Beton steht für Demokratisierung“. *Lateinamerika Nachrichten* 266/7, Aug-Sept 1996.

Goedeking, Ulrich. „Volkstribun und „Stimme Gottes“. Hunderttausende trauern um Carlos Palenque Avilés.“ *Lateinamerika Nachrichten* 274 (April 1997): 15-17.

Goedeking, Ulrich. Bolivien: „Neoliberalismus mit demokratischem Charme“. *unveröffentlichtes Manuskript*, 8Seiten, 1997.

Goedeking, Ulrich. „Nach 19 Jahren wieder ganz oben.“ *Lateinamerika Nachrichten* 277/278 (Juli/August 1997): 4-7.

Hofmann - Kieseckamp, Renata. „Bolivien: Pervertierung der Demokratie“. Dietmar Dirmoser (Hrsg.). *Vom Elend der Metropolen.* Lateinamerika, Analysen und Berichte 14, Hamburg (1990): 161-170.

Hofmeister, Wilhelm. „Parteien und politischer Wandel in Bolivien“, Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg. *Bolivien. Traumland der Reformen?* Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation 31 (1996): 27-36.

Krempin, Michael. „Wahlen in Bolivien: Seltsame Allianz zwischen einstigen Feinden“. *Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation* 13 (1990): 53-62.

Krempin, M. „Beginn und Ende einer Epoche - die politische Entwicklung von der Revolution von 1952 bis 1982.“ in: Bruns, D. (Hrsg.): *Bolivien. Express Reisehandbuch.* Köln, 1997: 101-116.

Mair, Marga. „Ermächtigung ist kein Geschenk - Schein und Sein im Demokratisierungsprozeß in Bolivien“. *Journal für Entwicklungspolitik* XII/ 3 (1996): .299 - 315.

Mayorga, René Antonio. „Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen von 1993 und das politische System Boliviens“ *Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation* 25/26 (1994): 39-57.

Mercado, Rodolfo. „Dezentralisierung und *Participación Popular*“, Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg. *Bolivien. Traumland der Reformen?* Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation 31 (1996) 43-51.

Munzinger-Archiv. *Bolivien.* IH-Länderkunde aktuell 33-34 (1996).

Oberfrank, Thomas. „Wo die Geister sich scheiden.“ *Lateinamerika Nachrichten* 254/5 (Aug.- Sept. 1995).

Oberfrank, Thomas. „Reformpolitik als Nullsummenspiel?“ *Lateinamerika Nachrichten* 254/55 (Aug-Sept 1995).

Oberfrank, Thomas. „Jenseits der ‘unsichtbaren’ Faust des Marktes“. *links* 5/6 (1996).

„Participación Popular - Ist das Volk dabei?“ *BOLIVIA sago Informationsblatt* 105 (April - Juni 1994): 3-7.

Petersen, Hans J. „Die wirtschaftliche Reformpolitik der Regierung Sánchez de Lozada“, Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg. *Bolivien. Traumland der Reformen?* Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation 31 (1996) 52-61.

Recknagel, Albert. „Restauration oder Revolution?“ *ILA* 175 (Mai 1994): 6-10

Recknagel, Albert. „Zwischen Drogenmafia und DEA“ *ILA* 175 (Mai 94): 12-13.

Schulte, Michael, Michael Bünte. „Bolivien: Auf dem Weg der ‘zweiten Revolution’?“ Dietmar Dirmoser (Hrsg.). *Jenseits des Staates?* Lateinamerika, Analysen und Berichte 19, Bad Honnef (1994): 172-181.

Ströbele-Gregor, Juliana. „Vom indio zum mestizo...zum indio“. Dietmar Dirmoser (Hrsg.). *Die Wilden und die Barbarei* Lateinamerika, Analysen und Berichte 16, Bad Honnef (1993): 95-112.

Ströbele-Gregor, Juliana. „Abschied von Stief-Vater Staat - Wie der neoliberale Rückzug des Staates die politische Organisierung der Ausgeschlossenen befördern kann.“ Dietmar Dirmoser (Hrsg.). *Jenseits des Staates?* Lateinamerika, Analysen und Berichte 19, Bad Honnef (1994): 106-130.

Ströbele-Gregor, Juliana. „Bildungsreform und indianische Bewegung in Bolivien“, Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg. *Bolivien. Traumland der Reformen?* Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation 31 (1996): 62-73.

Ströbele-Gregor, Juliana. „Boliviens Gesetz zur „Volksbeteiligung“. Indianische Organisationen bewerten die Reform unterschiedlich.“ *Progrum* 191 (Oktober/November 1996): 20/21.

9. Anhang

Abkürzungsverzeichnis

LPP:	Ley de Participación Popular
OTB:	Organizaciones Territoriales de Base
CSUTCB:	Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia
COB:	Central Obrera Boliviana
CIDOB:	Confederación indígena del Oriente Boliviana
MNR:	Movimiento Nacionalista Revolucionario; bisherige Regierungspartei
CONDEPA:	Consciencia de Patria; zukünftige Koalitionspartei;
UCS:	Unidad Cívica Solidaridad; bisherige und zukünftige Koalitionspartei
MRTKL:	Movimiento Revolucionario Tupac Katari de Liberación; Partei des bisherigen Vizepräsidenten
MIR:	Movimiento de la Izquierda Revolucionaria; zukünftige Koalitionspartei
ADN:	Acción Democrática Nacionalista; zukünftige Regierungspartei
MBL:	Movimiento Bolivia Libre; bisherige Koalitionspartei